

ROTER MORGEN

Nr.1 21.1.98 32.Jahrgang 1DM

Zeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands

Erscheint 14-tägig

§ 218: Rüschen-Claudi auf dem Vormarsch

Seite 7

DKP-Delegation in China:

Trotz „Skepsis“ glaubenssicher
Seite 11

Redaktion: Zeitungsverlag RM, Postfach 401051, 70410 Stuttgart
Tel. 0711/8702209 Fax 0711/8702445
Vertrieb: Literaturvertrieb, Zeitungsverlag RM, Postfach 1942, 61289 Bad Homburg v.d.H.
E-Mail: KPD-Roter-Morgen@t-online.de
Internet: <http://home.t-online.de/home/KPD-Roter-Morgen>

100.000 am Grab von Karl Liebkecht und Rosa Luxemburg

Bericht auf S.7



Sozialismus-Seminar

„Wann und warum der Sozialismus in der Sowjetunion scheiterte“

Diskussionsveranstaltung um das 1996 im Verlag Roter Morgen erschienene Buch unter diesem Titel und damit zusammenhängende Fragen.

24./25. Januar 1998, Beginn: 14.00 Uhr,

Frankfurt/Main, Haus der Jugend, Deutschherrnufer 12

Als Podiumsredner haben bisher zugesagt:

Dr. Robert Steigerwald (DKP),

Diethard Möller (Vorsitzender des ZK der KPD),

Heiner Karuscheit und

Alfred Schröder (Aufsätze zur Diskussion)

Peter Urban (Vertreter des Autorenkollektivs).

Kontakt, Infos, Anmeldung bei: Literaturvertrieb

Zeitungsverlag RM, Postfach 1942, 61289 Bad Homburg

„Chefsache Mielke“ - StaSi gegen Kommunisten

Neue Erkenntnisse über die Arbeit und die Zerschlagung der Sektion DDR der KPD/ML (2.Teil)

von Herbert Polifka

Jahrzehntelang hat die Staatsicherheit die Menschen in der DDR beherrscht. In dieser Zeit wuchs dieser Arm der revisionistischen Partei zu einem monströsen Gebilde. Es gab kaum eine Familie, beinahe kein Individuum, das sich völlig frei fühlen konnte. Weder vor Bespitzelung, Einschüchterung, Erpressung und Verfolgung noch vor Anwerbeversuchen durch die Stasi.

Zum Selbstverständnis des MfS findet man unter der Rubrik „Sicherheitspolitik, sozialistische“ folgende Definition: Das MfS habe, entsprechend dem „Klassenauftrag der Partei (...)

vorrangig alle subversiven Angriffe des Gegners, insbesondere auf die Verteidigungsfähigkeit des Sozialismus, die störungsfreie Durchsetzung der ökonomischen Strategie der Partei und die ideologischen Grundlagen der Weltanschauung der Arbeiterklasse vorbeugend zu verhindern, rechtzeitig aufzudecken und wirksam zu bekämpfen.“

(Vgl. Das Wörterbuch der politisch-operativen Arbeit des MfS (Geheime Verschlussache), zweite Auflage. Erarbeitet an der Juristischen Hochschule des Ministeriums in Potsdam-Eiche, 1985. Nachdruck: Ch. Links

Fortsetzung auf S.12



In diesem Untersuchungsgefängnis der StaSi in der Umfassungstraße am Moritzplatz in Magdeburg saß der Verfasser des Berichtes für einige Zeit wegen „staatsfeindlicher“, kommunistischer Aktivitäten ein. Auf dem Foto sieht man die Zellen für den täglichen Aufenthalt an der frischen Luft. Diese Zellen hatten die Größe eines Hundezwingers.

Meine Meinung:

Linke Pfauen

Schon lange nicht mehr habe ich eine solche fruchtlose Demonstration erlebt wie die ILL-Demo in Berlin. Es war eine Demo von Linken für Linke, bzw. für ihre Selbstdarstellung und den Konkurrenzkampf. Da forderte die MLPD auf einen Transparent auf „Mitglied in der ‚Partei des echten Sozialismus‘ zu werden. Bei der EDS sah man ein Transparent, wo ‚Freiheit für die Kunden der DDR!‘ verlangt wurde. Die DKP hat ihren Bock zu einem kleinen Meer von Parteifähnchen verwendet. Die Autonomen spulten in ihre üblichen super evolutionären Rituale in ihren super evolutionären Bock ab. Jeder kämpfte darum

zu glänzen und der Beste zu sein. Um die Menschen ging es nicht mehr.

An einer U-Bahn-Station sah ich, wie ein junges Pärchen die Treppe heraufkam, um an der Demonstration teilzunehmen. Oben blieben sie ratlos stehen. Die junge Frau fragte: „Sollen wir da mitmachen?“ Eine Weile schwankten sie, dann drehten sie um. Schlossen sich bei den ersten Demonstrationen dieser Art noch spontan Menschen an, blieben diesmal Linke zurück.

Die Demonstration ist zu einer reinen Selbstbefriedigung von Organisationen gekommen, die nicht als erstes Ziel haben, etwas für die arbeitenden Menschen zu tun, sondern die arbeitenden Menschen hinter ihre Parteifähne bekommen wollen. Liebknecht und Luxemburg wer-

den mißbraucht, um sich selbst zu beweihräuchern. Beide haben als Führer der KPD immer für die abbetenden Menschen gekämpft. Sie waren keine Nostalgiker, sondern Revolutionäre, die mitten im Leben standen. Sie kämpften für Frieden, gegen den imperialistischen Krieg. Sie kämpften für Arbeit und Brot. Sie kämpften für Freiheit. Und deshalb fanden sie Anklang bei den Menschen. Deshalb auch fand ihr Kampf für den Sozialismus zahllose Anhänger.

Natürlich wurden bei der Demonstration zahllose Flugblätter verteilt, in denen der Kapitalismus „grundsätzlich“ entlarvt und verurteilt, in den für den Kampf aufgerufen wurde. Man verteilt sie gegenseitig, um Linke durch Linke zu überzeugen. Eine Missionsver-

anstellung von Sektoren, die sich gegenseitig ihre Jünger abspeistig machen wollen.

So sind die Linke unfruchtbar! Anders wirkt es da der Zug von Menschen, die zum Grab strömten. Zigtausend einfache Leute, Rentnerinnen und Rentner, denen gerade wieder die Rente gekürzt worden ist, Arbeitslose, die nun nur noch alle 4 Wochen ihr Geld erhalten, Arbeiterinnen und Arbeiter, die um ihren Arbeitsplatz bangen, Schüler und Studenten, die gegen Bildungsabbau kämpfen usw. Für diese mußte der Demonstrationzug wie von einem anderen Stern wirken. Sie haben ihre Sorgen und Probleme. Sie kommen zum Grab von Liebknecht und Luxemburg, weil sie unzufrieden sind, weil sie etwas ändern möchten.

Als KPD haben wir die Aufgabe unter diesen Menschen zu wirken, mit ihnen zu kämpfen und zugleich das linke Sektorenwesen scharf anzuprangern. Demonstrationen müssen für die arbeitenden Menschen und ihre Interessen gemacht und nicht für „Linke“. Die KPD wird in diesem Sinne in den zukünftigen Jahren versuchen, auf die Demonstration einzuwirken, um ihr einen anderen Charakter zu geben.

Diethard Möller

Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) stellt sich vor:

In der Tradition von Luxemburg, Liebknecht und Thälmann wurde die KPD am 31.12.1968 in Hamburg neu gegründet, als Gegenpol zur von der SED finanzierten DKP. Gründer der Partei waren Ernst Aust und andere Kommunisten, die erkannt hatten, daß in verschiedenen Ländern wie in der Sowjetunion, DDR u.a. der Sozialismus zu Grabe getragen worden war. Ihnen war klar, daß mit dieser negativen, unumkehrbar gewordenen gesellschaftlichen Entwicklung in diesen Ländern die Rückkehr in die Arme des „normalen“ Kapitalismus vorprogrammiert war.

Folgerichtig wurde 1975 auch in der damaligen DDR unter sehr schwierigen Bedingungen die Sektion DDR der KPD gegründet. Sie versuchte, eine illegale Arbeit gegen die SED und das Honecker-Regime aufzubauen, verbunden mit dem politischen Ziel der Wiederherstellung tatsächlicher sozialistischer Verhältnisse. Anfang der achtziger Jahre wurde durch die Stasi die Struktur der illegalen KPD in der DDR aufgedeckt, Mitglieder verhaftet und viele mußten für Jahre ins Gefängnis.

In Westdeutschland wurde die KPD zunehmend ein Spielball von politischen Kräften, deren erklärtes Ziel darin bestand, die KPD aufzulösen. Trotz zeitweiliger Erfolge der Partei, die zu einem spürbaren Einfluß in Betrieb und Gewerkschaft, sowie in einzelnen Städten und Regionen führten, basierte die Entwicklung der KPD noch nicht auf wirklich soliden

Fundamenten. In erster Linie deshalb, weil man die wissenschaftliche Methode des Marxismus noch allzuoft mit dem Nachbeten angeblicher, zuweilen religiöse Züge annehmender Prinzipien verwechselte. Idealistische Träumereien, aber auch Anpasserei vermischten sich mit ernsthaften Bemühungen, gegen Ausbeutung und Unterdrückung eine Alternative zu entwickeln.

Die Marxisten-Leninisten in der Partei begannen 1985 mit dem Neuaufbau.

Nach jahrelangen Klärungsprozessen - analog zum endgültigen Zusammenbruch des Sozialismus weltweit - konnte die KPD Anfang 1993 ein den Verhältnissen in Deutschland angepaßtes kommunistisches Programm vorlegen. Frei von jeglicher Anlehnung an Sek-

tenmentalität, an neue und alte „sozialistische Götter“, ob sie nun Honecker, Mao, Kim Il Sung oder Castro heißen mögen. Dieses Programm ermöglicht die Entwicklung zu einer ernsthaften politischen Kraft.

Heute geht es um eine zielstrebige Verbreitung einer soliden, an den Interessen der arbeitenden Menschen orientierten kommunistischen Partei. Die politische Lösung der KPD „Arbeit, Wohnung und Auskommen für alle!“ signalisiert das. Wir sprechen die an, die nach einer Alternative zum kapitalistischen Deutschland suchen, sich fortschrittlich, klassenkämpferisch engagieren und bewußt organisieren wollen:

Nehmt Verbindung auf zur Kommunistischen Partei Deutschlands!

"Arbeit, Wohnung und Auskommen für alle!" - das steht im Mittelpunkt der Arbeit unserer Partei. Nutzen Sie die Gelegenheit, die KPD einmal näher kennenzulernen.

Ich möchte das Programm der KPD zugeschickt bekommen (bitte 3 DM in Briefmarken beilegen).

Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD eingeladen werden.

Ich möchte ein unverbindliches Gespräch

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ, Wohnort.....

Bitte ausschneiden und einsenden an: Literaturvertrieb,
Zeitungsvlag RM, Postfach 1942, 61289 Bad Homburg
v.d.H.

IMPRESSUM

Hrsg.: ZK der KPD.
Verlag: Diethard Möller, Zeitungsvlag Roter Morgen, Postfach 401051, 70410 Stuttgart
V.i.S.d.P.: D.Möller, Postf. 401051, 70410 Stuttgart
ISSN 0939-2947

Redaktion: Zeitungsvlag RM, Postfach 401051, 70410 Stuttgart
Telefon: 0711/8702209
Telefax: 0711/8702445

Vertrieb: Literaturvertrieb, Zeitungsvlag RM, Postfach 1942, 61289 Bad Homburg v.d.H.

Redaktionsschluß für RM 2/98: 31.1.98; Eilmeldungen bis 2.2.98 an Redaktion in Stuttgart.





Im ROTEN MORGEN 23 vom 11.12.97 wiesen wir auf die vom Kapital vorbereiteten scharfen Angriffe gegen Interessen, Rechte, Lebens- und Arbeitsbedingungen der arbeitenden Menschen sowie gegen die Gewerkschaften hin - unter der Überschrift „Vor scharfen Angriffen des Kapitals!“ Die Realität hat diesen Artikel bestätigt. Das soll ausdrücklich aber nicht heißen, daß ihm nichts hinzuzufügen sei. Es sieht eher so aus, als könnte der ROTE MORGEN im neuen Jahr eine Fortsetzungsgeschichte daraus schreiben. Deshalb nun:

Vor scharfen Angriffen des Kapitals! (Teil II)

1. Henkels Angriff auf den Tarifvertrag

Das Nachrichtenmagazin „Spiegel“ gab in Nummer 1/98 Hans-Olaf Henkel, Chef des BDI, Gelegenheit zu einem großen Auftritt. Den durchaus passenden Rahmen bot ein Streitgespräch zwischen Henkel und Möchtegern-Kanzler(kandidat) Schröder von der SPD. So wurde Schröder, im Zivilberuf Anwalt und Notar, unfreiwillig Zeuge für einige wichtige Mitteilungen an die arbeitenden Menschen des Landes und an die DGB-Gewerkschaften. Seine inzwischen sattsam bekannte erste Mitteilung: Die Kapitalisten sollten sich ein Beispiel an den Unternehmern der neuen Bundesländern nehmen und die Tarifverträge brechen. Er fände dieses Verhalten nicht verheerend, sondern **vorbildlich**. Entsetzt appellierte Schröder daraufhin an Henkel, man brauche doch die Verlässlichkeit der Tarifverträge, Henkel direkt darauf wörtlich: **„Im Gegenteil. Ich hoffe, daß der Westen von der ostdeutschen Beweglichkeit lernt.“**

Das ist deutlich! Daran ändert auch nichts, daß sofort darauf andere Kapitalvertreter, zum Beispiel BDA-Chef Dieter Hundt, öffentlich diese Aussagen relativierten. Denn was Hundt denkt, ist ebenfalls bekannt. Er fordert seinerseits die „Reform der Flächentarifverträge“, will sagen, die Beseitigung aller die Kapitalisten zwingenden bzw. einschränkenden Bestimmungen der Tarifverträge. Und auch Henkel leitete in dem Spiegel-Streitgespräch gleich auf

dieses Thema über, nachdem er sich mit Schröder darauf „geeinigt“ hatte, daß auf alle Fälle die Anpassung der Tarifverträge an „radikal veränderte Gegebenheiten“ nötig sei.

Was will Henkel? Er will erreichen, daß die Unternehmen betriebliche Vereinbarungen gegen die Tarifverträge oder an ihnen vorbei abschließen können! Das ist zur Zeit, auch wenn es faktisch bereits in vielen Fällen geschieht, nach § 77(3) Betriebsverfassungsgesetz nicht zulässig. Henkel will also, daß diese Bestimmung aus dem Gesetz gekippt wird.

Hundt dagegen erklärt, Herr Henkel müsse ja keine Tarifverhandlungen führen (der BDI ist dafür nicht zuständig), und wisse daher gar nicht, wie wichtig diese für das einzelne Unternehmen seien. Die Stuttgarter Zeitung sekundierte, viele Mittelständler und Kleinbetriebe wollten am Flächentarif festhalten. Für eigene Lohnverhandlungen müßten die ja „teure Rechtsabteilungen“ aufbauen.

Aber es ist wohl klar, daß weder Hundt noch Mittelständler etwas dagegen einzuwenden hätten, wenn die Großkapitalisten, die sich teure Rechtsabteilungen bereits leisten, mit den Tarifverträgen soweit aufräumen, daß „die Kleinen“ sich auch nicht mehr darum kümmern müßten. Deshalb ist es auch kein Trost, wenn immer wieder, auch von Gewerkschaftsseite, betont wird, Henkel sei mit seiner Meinung sehr umstritten. Das stört ihn

nicht. Ihm reichte es, wenn einige „mutige“ Unternehmen Tatsachen schaffen würden. Dann hätte die „Reform des Flächentarifvertrages“, über die sich die Kapitaleseite ja insgesamt einig ist, gleich eine ganz andere Durchschlagskraft.

Sehr interessant und bezeichnend, aber keineswegs erfreulich sind die Reaktionen von DGB-Chef Schulte und IG-Metall-Chef Zwickel! Zwickel (ähnlich Schulte!) laut Stuttgarter Zeitung: „Uns bliebe nach einer solchen Tarifreform“, auf die sich die Gewerkschaften nicht einlassen könnten, ohne sich selbst aufzugeben, „nichts anderes übrig, als die betriebliche Ebene Betrieb für Betrieb durch Firmentarifverträge wieder zurück zu erobern“ Das Bemerkenswerte an dieser Stellungnahme, die bereits am Tag der Spiegelveröffentlichung in der Presse stand, ist, daß sie so klingt, als sei die Schlacht um den Flächentarifvertrag schon fast verloren gegeben. Als sei es wichtiger, die KollegInnen der Betriebe bereits auf die Zeit nach der Zerschlagung der Flächentarifverträge einzustimmen!

Das kann nicht sein! Es reicht nicht, die Arbeitgeber im Infodienst der IG Metall „Direkt“ Nr. 1/98 daran zu erinnern, daß Tarifverträge „verbindliche Rechtsnormen“ seien, an die sich „Arbeitgeber und Gewerkschaften zu halten“ hätten. Wir haben es eben mit einem Gegner-Lager zu tun, dessen Führer Henkel eben diese Frage austesten will. Sind

die Tarifverträge **wirklich** verbindlich? **Haben die Gewerkschaften tatsächlich die Kraft**, sie verbindlich zu halten? Dies ist die alles entscheidende Frage! Sie richtet sich direkt an die Kolleginnen und Kollegen der gewerkschaftlichen und betrieblichen Basis!! Hier wird sie entschieden, Die KollegInnen müssen mobilisiert sein, statt sich in vermeintlicher Rechtssicherheit zu wiegen. Lenin hat stets darauf hingewiesen, daß eine Rechtsnorm ein Nichts sei, wenn die Kraft, die sie notfalls durchsetze, nicht vorhanden sei. Bei Fragen der Tarifverträge gibt es nur eine Kraft, die dies könnte; Die Arbeiter/innen und Angestellten selbst.

„Direkt“ macht aber noch weitere Illusionen: „Die Tarifautonomie hat Verfassungsrang.“ Trumpft die Redaktion auf Und man zitiert das (ach so arbeiterfreundliche) Handelsblatt, als sei es ein Kronzeuge der Gewerkschaftssache, mit den Worten „Diese seit Jahrzehnten gewachsene Rechtsordnung ist kein Exerzierfeld für Husaren!“ Das sollen sie mal dem Husaren sagen, der dort bereits exerziert **hat**, dem Husaren Hans-Olaf Henkel!!

Heute gehört den KollegInnen an der Basis erklärt, daß man keine Illusionen in Gesetze haben darf, wo es um das nackte Interesse des Kapitals bzw. der Arbeiterklasse geht,

Fortsetzung im nächsten RM

Tarifrunden: Ende der Bescheidenheit?

DGB-Chef Schulte muß sich wundern. Schon wieder hat das Kapital keine „Gegenleistungen“ für das „Entgegenkommen“ der Arbeiter und Angestellten bei den Löhnen erbracht. Während die Arbeitnehmer „bescheiden“ seien, könnten die Arbeitgeber „den Hals einfach nicht vollkriegen“. Bei den kommenden Tarifrunden seien deshalb ordentliche Lohnerhöhungen fällig, kündigte er auf der Neujahrspressekonferenz des DGB an (FR 14.1.). Schon im Oktober hatten Klaus Zwickel und Oskar Lafontaine das „Ende der Bescheidenheit“ verkündet. ÖTV und IG Chemie fordern 4,5% mehr.

Seit Jahren nutzen Gewerkschaftsführungen die falschen Versprechungen des Kapitals, um Reallohnsenkungen im Interesse des Kapitals durchzusetzen. Die Versprechungen, mehr Investitionen, mehr Arbeitsplätze, mehr Steuerzahlungen, konnte man angeblich nur mit „Vorleistungen“ der Arbeiterklasse erfüllen. Das war die Logik des Bündnisses für Arbeit. Die Schultes und Zwickels brauchten solche Versprechungen, um moderate Lohnabschlüsse gegen die Arbeiterklasse durchzusetzen. Einzige Folge waren höhere Profite. Dafür gab es dann Hunderttausende Arbeitsplätze weniger, weniger Investitionen und Steuererhöhungen.

Daß „Arbeitgeber“ den Hals nicht vollkriegen können, entspricht nicht einer persönlichen Unverschämtheit der Manager, sondern den Gesetzen der Kapitalverwertung. Mit sinkenden Löhnen, weniger Beschäftigten und weniger Steuern, läßt sich die Rendite steigern. Einen anderen Zweck hat das Kapital nicht. Die Schultes und Zwickels haben die Gewerkschaftsbewegung dem Ziel der Vermehrung der Renditen untergeordnet, indem sie dem Kapital soziale Ziele andichteten und **nichts** dafür bekommen.

Daraus **muß** der Schluß gezo-

gen werden, daß es gegen die Interesse der Arbeiterklasse verstößt, zugunsten von Profiten zu verzichten. Die Arbeiterklasse muß ausschließlich von ihren eigenen Interessen ausgehen und ihre Interessen nicht von vornherein hinter die des Kapitals zurückstellen.

Genau diesen Schluß ziehen die Zwickels und Schultes nicht. Um ihre Haut zu retten, verkünden sie nun zwar (zumindest für 1998) das Ende der Bescheidenheit, aber nicht das Scheitern ihrer Zusammenarbeit mit dem Kapital. Sie verkünden das Ende der Bescheidenheit nur, um diese Zusammenarbeit zu retten.

Während die Gewerkschaftsführer ein bißchen unbescheidener werden, bieten sie die Zusammenarbeit schon wieder an. Die höheren Lohnforderungen werden nicht damit begründet, daß man sinkenden Reallöhnen entgegenarbeiten will. Sie werden nicht mit den Interessen der Arbeiterklasse begründet, sondern mit „gesamtwirtschaftlichen Interessen“. *„Vor dem Hintergrund der ausbleibenden Investitionsdynamik und der schwachen Entwicklung des Privatverbrauchs ist es notwendig, wieder den Kaufkraftcharakter des Lohns in den Vordergrund zu stellen, in Klartext: Das Ende der Bescheidenheit ist schon aus konjunktur- und beschäftigungspolitischen Gründen angezeigt.“* (IGM, direkt, der Info-Dienst der IG Metall, Nr. 24/ 1997, S. IV).

Wo käme man dahin, wenn man so unbescheiden wäre, ausschließlich den Lebensstandard der Lohnabhängigen zum Ausgangspunkt zu machen? Wenn Lohnerhöhungen als Interesse auch des Kapitals angepriesen werden, bedeutet das, daß man sie nur aufstellt, weil man sich einbildet, sie könnten auch im Interesse des Kapitals sein. Wieder erklärt man der Arbeiterklasse, daß sie in erster Linie deshalb Lohnforderungen aufstellen soll, um den Unternehmen zu

ermöglichen, Waren zu verkaufen und darüber Arbeitsplätze zu schaffen. Ihre eigenen Interessen - Erhöhung des Lebensstandards - werden nur als Mittel zum Zweck der Verwirklichung angeblicher gesamtwirtschaftlicher Interessen gesehen. Dem Kapital werden Lohnerhöhungen schmackhaft gemacht, indem man erklärt, Lohnerhöhungen im Rahmen der Produktivitätssteigerung und der Preissteigerungen seien kostenneutral, würden also nicht die Profite beeinträchtigen. Die „Bescheidenheit“, deren Ende die gewerkschaftlichen Sozialpartner des Kapitals gerade verkündet haben, ist immer noch Grundlage der Lohnforderungen. Sie dürfen nicht zu einer Senkung der Profite führen. Lohnsenkungen dürfen zwar zu Steigerungen der Profite führen, aber Lohnsteigerungen dürfen nicht zur Senkung der Profite führen. Warum eigentlich nicht?

Nur: Lohnsteigerungen liegen

nicht im Interesse des Kapitals, da sie immer auf Kosten der Profite gehen und Druck auf die Senkung der Profitrate ausüben. Von daher begrüßen Unternehmen keine Lohnsteigerungen, sondern stimmen die Arbeiterklasse auf massive Lohnsenkungen in den nächsten Jahren ein. Lohnsteigerungen und damit in gewissen Sinne auch positive gesamtwirtschaftliche Auswirkungen (Steigerung der Kaufkraft) können nur im Klassenkampf durchgesetzt werden und hängen davon ab, wie konsequent dieser geführt wird. Alle diejenigen, die den Klassenkampf untergraben und abmildern, werden deshalb ihre angestrebten Ziele von Lohnerhöhungen gar nicht in ausreichendem Maße erreichen können. Sie können das Ende der Bescheidenheit zwar verkünden, da sie aber die Interesse der Arbeiterklasse an die letzte Stelle setzen, können sie nur bescheidene Ergebnisse erzielen.

Minus-Rekord bei Arbeitsplätzen

Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland ist auf den niedrigsten Stand seit der Vereinigung gesunken. Im Jahresdurchschnitt 1997 waren nur noch rund 34 Millionen „Arbeitnehmer“ und Selbständige beschäftigt, 463.000 weniger als 1996. Den größten Rückgang gab es im „produzierenden Gewerbe“, also der Industrieproduktion, mit 400.000 Beschäftigten weniger.

Der Reichtum, den die arbeitenden Menschen schaffen, richtet sich zunehmend gegen diese selbst. Das wird sich erst ändern, wenn die Arbeiterklasse den Kapitalisten die Produktionsmittel entreißt.

Neujahrsumfragen

Nur 30 Prozent der Bürger in Ostdeutschland halten die bürgerliche Demokratie des Grundgesetzes für verteidigungswert. In Westdeutschland sollen es noch zwei Drittel sein. Die „soziale“ Marktwirtschaft lehnen zwei Drittel der Ostdeutschen ab und sprechen sich statt dessen für einen „dritten Weg“ aus. Das geht aus der alljährlich vom Institut für Demoskopie in Allensbach erhobenen Neujahrsumfrage hervor.

In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Infratest Dimap geht hervor, daß sich nur eine Minderheit der Deutschen von der Europäischen Währungsunion Vorteile verspricht. Erwartet werden noch mehr Arbeitslose und eine beschleunigte Geldentwertung und Preiserhöhungen. Die Bürger im Osten sind besonders pessimistisch. Sie haben erst vor einigen Jahre ihre Erfahrungen mit einer Währungsunion gemacht mit all ihren negativen Folgen.

Imperialismus Konkret

Übernahme von Preussag: Schröder - dem Kapital zu Diensten

Die Preussag kaufte in Erwartung hoher Profite aus dem Tourismusgeschäft die Hapag-Lloyd für 2,8 Mrd. DM. Die Hapag-Lloyd ist der größte Reisekonzern Europas. Hapag-Lloyd ist mit 30% an der TUI beteiligt. Sowohl an der Preussag als auch an TUI hält die Westdeutsche Landesbank jeweils 30%. „Und niemand zweifelt daran, daß (die) 30%, die der WestLB gehören, bald dem Preussag-Reich zugeschlagen werden“ (Wirt-

schaftswoche 8.1.98). Um die Verlagerung des Kapitals in profitablere Bereiche zu finanzieren, trennte sich Preussag, immerhin nach Krupp-Thyssen der zweitgrößte deutsche Stahlkonzern, von seiner laut Wirtschaftswoche profitablen Stahltochter. Nun hat das Land Niedersachsen für mehr als eine halbe Mrd. DM die Preussag-Stahl als Mehrheitsaktionär übernommen (FR 14.1.), um dem Konzern mit Hauptsitz Hannover die Umschichtung sei-

nes Kapitals zu ermöglichen.

Da das Land Niedersachsen ebenso ein Selbstbedienungsladen der Banken und Konzerne ist wie die Länder Bayern, Baden-Württemberg usw., stellte Schröder die Staatsgelder zur Verfügung, obwohl das Land Niedersachsen hochverschuldet ist. Es geht nicht um die „Rettung von Arbeitsplätzen“, sondern ausschließlich um Staatshilfe für die beschleunigte Umschichtung des Kapitals zum

Zweck der Erzielung höherer Profitraten. Schröder bewährt sich als dynamischer Macher des Kapitals, um seinem Konkurrenten Kohl den Rang abzulaufen. Die WestLB und die Preussag werden ebenso von Sozialdemokraten geführt, wie das Land Niedersachsen. Da hilft man sich eben gegenseitig. Der heutige Staat, ob er von den Schröders oder den Kohls geleitet wird, ist eine Maschine zur Bereicherung des Kapitals.

Microsoft und Intel: Weltmonopolismus statt Neoliberalismus

Weltweit laufen im Weltmaßstab 90% aller Rechner auf dem Windows-Betriebssystem von Microsoft. Ebenfalls sind 90% aller Computer mit Chips des Halbleiterkonzerns Intel bestückt. Intel und Microsoft, zwei Weltmonopole, haben zudem eine einträgliche Partnerschaft. Nachwievor aber stehen sie auch in Konkurrenz. Die Konkurrenz wird durch den tendenziellen Fall der Profitrate gefördert, der auch Bereiche mit Extraprofiten nicht verschont. Intel's 6,9 Mrd. Dollar Gewinn von 1997 ist zwar riesig, aber relativ weniger als Anfang der 90er Jahre. In dieser Situation schließt Intel im Rahmen der Allianz mit Microsoft neue Allianzen, die in Konkurrenz zu Microsoft stehen. Auch der Monopolkapitalismus beruht auf der Konkurrenz des Kapitals untereinander. Vorherrschend sind jedoch die Versuche, die Konkurrenz weitgehend zu be-

schränken und sich der umfassenden ökonomischen Hilfe des Staates zu versichern, um die Monopolprofite zu halten. Monopolkapitalismus heißt gerade nicht, daß die Monopole den Staat nur als „Nachtwächterstaat“ haben wollen. Es sind insbesondere die schwächeren Monopole, die mit Staatshilfe den stärksten Monopolen entgegen treten. So sieht man in Deutschland, Frankreich und Japan eine massive staatliche Förderung der eigenen Elektronik-Monopole. Dresden als deutsches Elektronik-Zentrum ist ein Hort des Staatsmonopolismus.

Angesichts von solchen Monopolen in den Kernbereichen des technischen Fortschritts von Neoliberalismus als vorherrschender Ideologie des Kapitals zu sprechen, geht völlig an der Sache vorbei. Der Liberalismus war die Weltanschauung der Bürgertums zur Zeit des Konkur-

renzkapitalismus im 19. Jahrhundert. Der Konkurrenzkapitalismus ist seit dem Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts vom Monopolkapitalismus abgelöst. Monopole schließen Konkurrenz nicht aus, denn Konkurrenz gehört zur Natur des Kapitals. Die modernste Technologie steht heute aber in allen Bereichen unter der Kontrolle von Monopolen, die Extraprofite erzielen. Hier regiert nicht die Freiheit, der faire Wettbewerb, hier

herrscht eine durch die Technologie begünstigte Diktatur. Die Kritiker des „Neoliberalismus“ bilden sich ein, daß sie den Staat als Hüter gesellschaftlicher Interessen gegen die Monopole zu Hilfe rufen könnten. Doch je mächtiger die Monopole werden, desto mehr können sie sich wiederum den Staat unterwerfen. Die Alternative zum Monopolkapitalismus kann nur noch der Sozialismus sein.

**Imperialismus konkret
Band 2**

Franz Rugenberg

**Gegen Euro und EU -
Alle gemeinsam gegen das Kapital**

„Imperialismus konkret, Band 2

Der Band enthält RM-Artikel zum Thema EURO und EU sowie zum Kampf der Arbeiterklasse dagegen und gegen die Folgen von EURO und EU. Zur besseren Arbeit mit dem umfangreichen Material ist ein ausführliches Register angefügt.

189 Seiten, ISBN 3-928666-26-6, 15 DM

Bestellungen an: Literaturvertrieb, Zeitungsverlag RM, Postfach 1942, 61289 Bad Homburg v.d.H.

Hoechst-Marion-Roussel (HMR) Neue Entlassungen zwecks Profitrate

Hoechst-Chef Dormann verkündete, die „Umsatzrendite“ müsse von 13% auf 20% gesteigert werden. Er verwies auf die Konkurrenz aus den USA, die 26% einstreicht. Die zentrale Vorgabe lautet deshalb: Senkung der Kosten um weltweit 460 Mio. DM, um der US-Rendite näher zu kommen. Das bedeutet Personalabbau, Stilllegung oder Verkauf von zu wenig profitablen Geschäftszweigen usw. gerade in Deutschland. Dabei ist die Entlassungswelle im Gefolge der Verschmelzung von Hoechst mit Roussel Uclaf und Marion Merrell noch gar nicht beendet. HMR-Betriebsratsvorsitzender Arnold Weber verstand die Welt nicht mehr, weil HMR doch kräftig verdiene (FR 15.1.). Da er gewohnt ist, von kleinen Zugeständnissen des Kapitals zu leben, dichtet er dem Kapital ein soziales Interesse an. Es soll eben nicht den weltweiten Durchschnittsprofit anstreben, um die Belegschaft und die Regisseure der Sozialpartnerschaft im Betriebsrat zufriedenzustellen. Daß genau diese Maßlosigkeit in der Jagd nach Profiten der Natur des Kapitals entspricht, kann er nicht verstehen. Er versteht auch nicht, daß die Übernahme von Marion

und Roussel für zusammen 15 Mrd. DM die Profitrate senken mußte. Während das Management in zu niedrigen Profitraten eine Krise des Geschäfts sieht, sieht er deshalb nur eine Krise des Managements. Sicherlich untergraben die Manager das Vertrauensverhältnis zur Belegschaft, sofern es noch existiert. Weber, als Makler dieses Vertrauens, sieht seine Geschäftsbasis schwinden. Wenn die Manager doch bloß Verständnis für die Belegschaft hätten, träumt er. Haben sie aber nicht. Die Belegschaften sind für das Kapital und seine Manager nur Maschinen zur Profitvermehrung. Eine Wirtschaftsordnung, in der „Sozialpartnerschaft“ zwischen Leitung und Belegschaft herrscht ist nur möglich, wenn die Leitung aus den Reihen der Arbeiterklasse kommt und unter Führung der Arbeiterklasse steht. Eine Wirtschaftsordnung, in der nicht die Profitrate regiert, ist nur ohne Kapital möglich, ist nur möglich, wenn die Produktionsmittel in der Hand der Gesellschaft sind, nur im Sozialismus. Vom Sozialismus auf dem Boden des Kapitalismus zu träumen, ist utopisch. Es wird Zeit, daß Betriebsräte vom Schläge Webers auf

die hintersten Plätze verwiesen werden.

Konsequente Aktionen und revolutionäre Perspektiven sind nur möglich, wenn die Träume von gemeinsamen Interessen zwischen Belegschaft und Kapital, die Träume von vertrauensvoller Zusam-

menarbeit für die große Konzernfamilie durch eine nüchterne Einsicht in die Realität ersetzt werden. Die Arbeiterklasse kann vom Kapital nichts erwarten außer wachsende Ausbeutung und größere Existenzunsicherheit.

KurzNachrichten

Betriebsgemeinschaft unglaublich

Nach einer Umfrage des Frauenmagazins „Elle“ halten 61% der Befragten den kollegialen Führungsstil für einen Trick, mit dem die Unternehmen noch mehr Leistung herausholen wollen. In den Neuen Bundesländern empfanden sogar 70% diesen Führungsstil als „aufgesetzt“. Im Bewußtsein der Lohnabhängigen drückt sich der Widerspruch aus, daß einerseits ein solcher Führungsstil gewünscht ist und er notwendig ist, um produktiver zu arbeiten, andererseits aber die Besitzverhältnisse, die diktatorische private Verfügung über die Produktionsmittel und die private Aneignung des gesellschaftlich erarbeiteten Reichtums, die Gemeinsamkeit zwischen Kapital und Arbeit letztlich unmöglich machen. Hierin steckt auch eine deutliche Kritik an der sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaftsführung, die im eigenen Interesse diese „kollegiale“ Kooperation mit den Geschäftsleitungen auf dem Rücken der Lohnarbeiter betreibt.

Positive Resonanz auf Vorschlag der KPD zu den Bundestagswahlen

Auf den Vorschlag der KPD, zu den Bundestagswahlen 98 ein fortschrittliches Bündnis zu bilden, hat im Gegensatz zur Situation vor vier Jahren eine, wenn auch noch geringe, positive Resonanz gefunden. Zwei Organisationen, der Bund der Kommunisten und die KPD-Ost, erklärten sich bereit, an einem solchen Bündnis mitzuarbeiten. Eine PDS-Basisorganisation erklärte ihr Interesse und ihre Bereitschaft, eine solche Initiative publizistisch zu unterstützen. Wir sehen diese Resonanz als kleinen Fortschritt an, der aus den negativen Erfahrungen der letzten Wahlen resultiert. Die Realität hat gezeigt, daß Alleingänge nur zu einer Niederlage führen und daß ein breites Bündnis dringend nötig ist.

Leider reichen die Kräfte für ein solches Bündnis nach Ansicht der KPD jedoch nicht aus. Eine Wahlkampagne erfordert starke Kräfte. Dazu ist insgesamt eine tiefere Verankerung in der Arbeiterbewegung und anderen fortschrittlichen Bewegungen des Volkes nötig. Denn nur mit Unterstützung und aktiver Mitarbeit fortschrittlicher Kräfte der Basis kann ein solches großes Projekt mit einiger Aussicht auf Erfolg angegangen werden. Die Schwäche der linken,

fortschrittlichen Kräfte verhindert zur Zeit die Lösung der notwendigen Aufgaben.

Schlimm ist, daß Kräfte wie die MLPD und die DKP die Lösung der notwendigen Aufgaben blockieren. Die MLPD, die der PDS vor 4 Jahren Angebote für eine gemeinsame Kandidatur machte, weigert sich, mit fortschrittlichen, revolutionären Kräften auch nur zu reden. Die DKP hängt sich an die PDS ran und verewigt damit auf ewig deren linkssozialdemokratische Vorherrschaft. Beide Positionen laufen darauf hinaus, die PDS, die offen für Marktwirtschaft und damit für Kapitalismus eintritt, zu stärken. Der Aufbau einer glaubwürdigen Alternative wird so verhindert.

Auch wenn diesmal eine fortschrittliche Kandidatur, ein breites Bündnis noch nicht möglich ist, lassen wir uns nicht entmutigen. Die ersten positiven Reaktionen, die Erfahrungen des kommenden Wahlkampfes werden die Basis für ein künftiges breiteres Bündnis sein. In den kommenden Ausgaben des ROTEN MORGEN werden wir uns ausführlicher mit den Haltungen und Positionen der DKP, MLPD und PDS zu den Wahlen auseinandersetzen.

Jetzt anfordern:

Die Zeitung der KPD, "Roter Morgen".

- Ich möchte den "Roten Morgen" 6 Wochen (3 Ausgaben) unverbindlich und kostenlos zugesandt bekommen.
- Ich möchte ein Abo für ein Jahr (24 Ausgaben) zum Preis von 36 DM. (Kündigung 4 Wochen vor Ablauf, sonst Verlängerung um ein weiteres Jahr.)
- Ich möchte eine Ausgabe der theoretischen Reihen der KPD kostenlos zur Probe.
- Ich möchte ein Abonnement zur Fortsetzung der theoretischen Reihen der KPD zum Preis von 50 DM.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ, Wohnort.....

Ich bin damit einverstanden, daß die Bundespost im Falle einer Anschriftenänderung dies an den Verlag mitteilt.

Bitte einschicken an:

LIT-Vertrieb, Postfach 1942, 61289 Bad Homburg v.d.H.

Chemnitz: 3500 Familien geraten in Not!

Für 3500 Chemnitzer Familien bahnt sich ein finanzieller Konflikt an, der im Laufe des Januar seinen Höhepunkt erreicht haben wird. Mit dieser „wenig feststehenden“ Nachricht trat am 20. Dezember 1997 der Sozialdezernent Peter Fittig vor die Presse. . Verursacht wird der Notstand durch die in Bonn beschlossene neue Auszahlungsregelung, wonach Arbeitslose und „andere Leistungsempfänger“ des Arbeitsamtes ab Januar nicht mehr alle vierzehn Tage, sondern nur noch monatlich - und zwar am Monatsende für den vergangenen Monat - ihr Geld erhalten. Das bedeutet, daß das Januargeld erst Anfang Februar auf dem Konto ist.

Fittig: *„Der Zeitpunkt dieser Regelung ist nach den Weihnachtstagen denkbar ungünstig. Das können sich nur Leute in Bonn ausgedacht haben, die gar nicht unmittelbar von ihrem monatlichen Einkommen leben müssen!“*

Bei den schätzungsweise 3500 Familien handelt es sich vor allem um diejenigen, die neben dem Arbeitslosengeld eine ergänzende Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssen, um ihr Leben finanzieren zu können. Im Januar wird es doppelt schlimm für sie, weil die Vermieter am fünften Werktag des Monats auf ihre Miete pochen!

„Dem zu erwartendem Ansturm auf das Sozialamt, um eventuell ein Überbrückungsgeld zu erhalten, sind wir als Stadt nicht gewachsen. Und wir können dafür wirklich keine echte Lösung anbieten“, gesteht der Sozialdezernent ein.

Im Arbeitsamt sieht man ebenfalls finanzielle Engpässe auf viele Chemnitzer zukommen. Der Bundestag wollte einen „Spareffekt“ erzielen. Im Arbeitsamt muß man nun die Betroffenheit erleben. Die Situation wird zusätzlich verschärft, da ständig mehr Arbeitslose hinzukommen. Haben im November 1996 noch 12.000 Personen Arbeitslosenhilfe erhalten, waren es im November 1997 bereits 19.000.

Chaos im Sozialamt befürchtet die Amtsleiterin. Die fast 7000 Sozialhilfeempfänger (1996 noch 5400) zu versorgen, sei schon

ohne den neuen Konflikt problematisch genug. Die wenigen Mitarbeiter in den fünf Außenstellen „halten den Ansturm nicht durch“. Es werde lange Wartezeiten geben und es wird mit wesentlich mehr „Aggressivität“ der Wartenden gerechnet.

Man kann es drehen und wenden wie man will, die Kleinen müssen dafür bluten, was die Großen verzapfen. Da muß man kein Finanzexperte sein, um die paar Groschen in vielen Familienkassen zusammenzuzählen. Während sich bei den „Besserverdienenden“ die Gabentische gebogen haben, sieht es bei Familien mit mehreren Kindern, in denen Mutter und Vater arbeitslos sind, ganz anders aus. Da kann schon die notwendige Winterbekleidung zum Problem werden! Immer mehr Arbeitslose sind auf die Hilfe des Sozialamtes angewiesen, weil sie mit den Bezügen vom Arbeitsamt allein nicht leben können. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger wächst unaufhaltsam. Der Sozialhaushalt der Stadt Chemnitz verschlingt heute schon ein Drittel des Vrewaltungssetats.

Und daß den im Sozialamt auf eine kleine Finanzhilfe wartenden Chemnitzern immer öfter der Geduldssaden reißt, ist nur zu verständlich. Es ist eine Folge der derzeitigen Wirtschafts- und Sozialpolitik in diesem Land!

Wie war das noch mit der Halbierung der Arbeitslosenzahlen?

H.R., Chemnitz

Rüschchen-Claudi auf dem Vormarsch

Als ob es Ende des Jahres nichts Besseres zu tun gäbe, hat die Bundesfamilienministerin mal wieder einen Vorstoß gegen den - ohnehin miserablen - §218 gewagt. Hintergrund war die Zahl der gemeldeten Abtreibungen, die 1996 gegenüber dem Vorjahr um ein Drittel angestiegen ist. Wohl gemerkt, die Zahl der gemeldeten Abtreibungen, verlangt doch das neue Beratungsgesetz die Meldung jeder Abtreibung - also ist offensichtlich die Dunkelziffer gesunken. Was jeden Kriminalisten nur freuen könnte, für Claudia Nolte ist das ein Grund zur Besorgnis. Sollte die Zahl der Abtreibungen nicht zurückgehen, droht sie, müsse der §218 in Karlsruhe erneut überprüft werden.

In die gleiche Kerbe schlägt Kardinal Wetter, der in einer seiner Festtagspredigten dazu aufruft, sich doch nicht so sehr über den Sexualmord an der kleinen Natalie aufzuregen. Schließlich würden mit den Abtreibungen jeden Tag viele Kinder ermordet.

In einem wissen wir uns mit der Kirche und unserer Bundesungeborenenministerin einig: Dieser §218 ist wahrlich nicht geeignet, Leben zu schützen - und schon gar nicht in einer Zeit, in der durch Vernichtung von Sozialleistungen Familien bedroht sind; in einer Zeit, in der die finanzielle Situation der Gemeinden das Recht auf einen Kindergartenplatz hinterrücks wieder kippt; in einer Zeit, in der Wohlfahrtsverbände konstatieren müssen, Kinder seien heute das Armutsrisiko Nummer Eins.

Möglicherweise müßte mal jemand die Dame an die in ihrem Titel angegebene Arbeitsplatzbeschreibung erinnern: Sie ist **Familienministerin!** Sie findet es nämlich besonders schrecklich, daß 52 % der Abtreibungen in Ehen und Familien stattfinden. Und statt sich zu fragen, wie das zustandekommt, unterstellt sie einfach, Abtreibung würde als Mittel der Familienplanung eingesetzt. Aber gerade den Familien werden mehr und mehr die Mittel gestrichen, Erhöhungen von Steuer und Sozialversicherung schmälern das Familieneinkommen so weit, daß viele schon jetzt nicht mehr wissen, wie sie durchkommen sollen. Aber statt sich dafür einzusetzen, daß Kindergartenplätze entstehen, daß Familien vernünftige Wohnungen haben und rundherum ein normales Leben führen können, versucht sie mit diesem Vorstoß, die Situation der Familien noch einmal zu erschweren.

Sicher, es mag einzelne Frauen geben, die aus Gründen abtreiben, die der einzelne nicht nachvollziehen kann. Aber der einzelne ist auch gar nicht gefragt, denn diese Frauen, die das Kind bekommen sollen, müssen sich darum kümmern - und sie müssen selber entscheiden können, ob sie sich dazu in der Lage sehen.

Liebe Frau Nolte, wir sind uns ja doch einig: Dieser §218 taugt nichts. Er taugt noch nicht mal zum Recyceln. Tun wir ihn doch einfach dahin, wo er hingehört: Auf den Müllhaufen der Geschichte.

Streichung des §218 jetzt!

100.000 am Grab von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Mehr Menschen als je zuvor kamen am Sonntag, dem 11.1.98, zur Gedenkstätte für die 1918 von der Reichswehr im Auftrag der SPD ermordeten Revolutionäre und Gründer der KPD. Der Menschenstrom begann schon früh morgens und ebte erst am späten nachmittag ab. Zigtausende Nelken bedeckten das Grab.

Die KPD hatte vor dem Friedhof einen Stand, der viel besucht wurde. Schon mittags war fast

alles ausverkauft: Programm, ROTER MORGEN usw. Wir verteilten ein Flugblatt zur Steuern- und Rentenfrage, das sehr gut ankam.

Linke Organisationen organisierten eine Demonstration mit ca. 10.000 Teilnehmer/innen, die zum Friedhof ging. Leider wirkten die zahllosen Organisationsblöcke nach außen nicht gerade einladend, sondern eher abschreckend. Einfache Menschen waren daher im Zug kaum noch

anzutreffen. Die Polizei provozierte mehrfach Einsätze. Nach Angaben der „jungen welt“ sollen sich erneut Polizeispitzel im Antifa-Block der Autonomen befunden haben. Eine einzelne Fahne in kurdischen Farben wurde von der Polizei zum Anlaß für einen brutalen Knüppelinsatz und mehrere Verhaftungen genommen. Und ein Vermummter (wahrscheinlich ein Polizeispitzel) diente als Vorwand für einen weiteren Knüppelzug.

Großer Lauschangriff: „Die Gedanken sind frei - lich in unsrer Kartei“

Nach langem Hin und Her haben sie ihn endlich formal abgesegnet, den großen Lauschangriff. Zwar haben sie bereits jetzt gemacht, was sie wollten, unabhängig von der Rechtslage. Doch die Anpassung der Rechtslage an die Praxis hat für diese Herrschaften schon seine Vorteile.

Wir wollen aus einer bürgerlichen Zeitung zitieren, die die Sache durchaus treffend auf den Punkt gebracht hat. Die *Süddeutsche Zeitung* vom 8.1. schreibt (Hervorhebung v. RM):

„Nun ist es wohl endgültig soweit: CDU/CSU, FDP und SPD brechen in Privatwohnungen, Büros, Arztpraxen, Kanzleien, Kirchen und Pfarrhöfe ein (nicht diese Parteien tun es, sie haben es nur legalisiert, RM), hinterlassen dort ihre Wanzen - und nehmen den Bewohnern und Beschäftigten die innere Sicherheit: die Sicherheit, daß es einen Bereich gibt, der für den Staat tabu ist. Es wird künftig keinen polizeifesteren Bereich mehr geben, kein Vertrauensverhältnis, das nicht elektronisch ausgehorcht werden könnte.

Früher einmal sagte der Volksmund: Der Lauscher an der Wand hört seine eigene Schand. Aber der großen Bonner Koalition ist das egal. Sie sagt, daß es so schlimm schon nicht kommen werde, schließlich gebe es ja Grundrechte - der Beichtstuhl sei zum Beispiel vom Grundrecht auf Glaubensfreiheit geschützt. Und zum Schutz des Gesprächs zwischen dem Mandanten und seinem Verteidiger gebe es doch eine klare Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs. Wenn das so klar wäre, dann hätte man das partielle Wanzenverbot auch klar in das Lauschangriffs-Gesetz schreiben können. Man will es nicht tun, und das heißt: **Lauschen darf die Polizei künftig überall. Anschließend, nach der Lauscherei, wird dann geprüft, wie das Gehörte verwendet und verwertet werden darf. Wenn der Abgehörte Glück hat, bleiben**



Schon heute gibt es riesige Datensammlungen.

seine Beichte, sein Gespräch mit dem Anwalt oder Arzt davor bewahrt, in einem Strafprozeß aufgetischt zu werden. Aber sicher kann er auch hier nicht sein, denn es wird 'die Bedeutung des Vertrauensverhältnisses' für den Betroffenen und das staatliche 'Interesse an der Erforschung des Sachverhalts' gegeneinander abgewogen. Summa summarum haben also die 'Nachverhandlungen', die der SPD-Parteitag in Hannover erzwungen hat, nicht viel erbracht. (Genauer: Sie dienten lediglich der „rechtsstaatlichen“ Tarnung, RM)

(...)

Derzeit sieht die richterliche Kontrolle so aus: Ab und zu hält der Staatsanwalt dem Richter kurz die Akten hin, weil er eine Unterschrift braucht. Hat der Richter unterschrieben (Hausdurchsuchung, Telefonüberwachung oder künftig den Lauschangriff), geht ihn die Sache nichts mehr an. Er befindet sich also in der Rolle dessen, der Tickets für eine Vorstellung verkauft, die er nicht kennt.“

Das SED-Regime hatte seine Gründe für die flächendeckende Bespitzelung der Bevölkerung. Aber genutzt hat diese Bespitzelung diesem Regime letztlich nichts. Sie hat dazu beigetragen, das Regime nur um so verhaßter zu machen.

Auch das Regime der privatkapitalistischen Monopole hat Grund für den systematischen Ausbau der Bespitzelung. Die Verhältnisse werden für immer mehr Menschen immer unerträglicher. Der Ausbau der Bespitzelung ist Ausdruck der Schwäche der Herrschenden.

ANTIFA-BERICHTE

aktuell



Post billigt Kühnen-Marke

Rechtsextremisten verbreiten nach einem Bericht des Spiegel mit Billigung der Post eine Gedenkmarke für den im April 1991 gestorbenen Neonazi-Führer Michael Kühnen. Die Zentrale Kundenbetreuung der Generaldirektion der Deutschen Post AG entschied, daß die Kühnen-Marke als Briefschmuck prinzipiell zulässig ist. Vorausgegangen war eine Beschwerde des früheren Kühnen-Stellvertreters Thomas Brehl gegen Schaltermitarbeiter der Post, die die Beförderung von Briefmarken mit der Kühnen-Marke verweigert hatten. Die Marke zeigt das Konterfei des toten Neonazis sowie die Umschrift „Der Kampf geht weiter!“ und „Deutsches Reich“.

Selbstdiagnose für Nazi-Fans

Gott sei Dank hat der Bundestag nun einen Untersuchungsausschuß eingesetzt, der die rechtsextremistischen Vorkommnisse bei der Bundeswehr „rückhaltlos“ aufklären soll. Der Ausschußvorsitzende wird der CDU-Abgeordnete Kurt Rossmanith sein, der nach einem Gerichtsbeschuß als „Nazi-Fan“ bezeichnet werden darf, seit er 1994 seiner Meinung Ausdruck gegeben hat, der zum Tode verurteilte Kriegsverbrecher und „Lieblingsgeneral“ Hitlers „Generaloberst Dietl war und ist für mich auch heute noch eine Vorbild in menschlichem und soldatischem Handeln“.

Die sind schon toll, diese Bonner: Für alles haben sie einen Experten.

Rühe ruft Linke auf, in die Bundeswehr zu gehen

Kriegsminister Rühe forderte „die Linken“ auf, in die Bundeswehr zu gehen. Mit diesem Schachzug erklärte er, „die Linken“ seien ja selbst schuld, wenn sie die Bundeswehr den Faschisten überlassen. Er könne da nichts dafür.

Man sollte ihm den Gefallen tun. Wir sind durchaus der Meinung, daß fortschrittliche junge Menschen den Wehrdienst in der Bundeswehr ableisten sollten und sich dort dafür einsetzen sollen, daß die Bundeswehr für den Kampf gegen andere Völker und gegen das eigene Volk so weit wie möglich unbrauchbar gemacht wird. Das wird dem Kriegsminister freilich **nicht** gefallen, denn im Kampf gegen andere Völker sowie das eigene Volk besteht schließlich der Auftrag der Bundeswehr.

Keine Entschädigung für Kommunisten

Deserteure der Wehrmacht, die wegen Fahnenflucht, Kriegsdienstverweigerung oder Wehrkraftzersetzung verurteilt wurden, können eine Entschädigung erhalten. Nachdem der Bundestag im Mai 97 entsprechende Urteile der Wehrmachtsjustiz für Unrecht erklärt hatte, beschloß das Bundeskabinett eine Entschädigungsregelung. Für die Verurteilung ist eine einmalige Zahlung von 7.500 Mark vorgesehen. Für die Entschädigung muß bis Ende 1998 ein Antrag bei der Oberfinanzdirektion Köln gestellt werden. Ausgeschlossen werden Personen, die nach Gründung der BRD „die freiheitlich demokratische Grundordnung bekämpft“ haben. Damit sind vor allem Kommunisten gemeint.

Zum Tode Rudolf Bahros:

War die DDR ein „säkularisierter Gottesstaat“?

Im Dezember 1997 starb Rudolf Bahro.

Lohnt es sich überhaupt, zum Tode Rudolf Bahros etwas zu schreiben? Man könnte sagen, es lohne sich nicht, denn Leute wie ihn habe es schließlich massenhaft gegeben. Schema: Fanatischer Anhänger des revisionistischen Regimes in der DDR wandelt sich zum Befürworter der bürgerlichen Ordnung im Westen, bewahrt sich aber seinen missionarischen Eifer, indem er letztere „verbessern“ will. Warum also ist Bahro überhaupt interessant?

Zum einen vielleicht deshalb, weil er das oben skizzierte Schema in besonders markanten Formen durchlief. Sein 1977 in der BRD veröffentlichtes Buch „*Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus*“ führte zu seiner Verhaftung und schließlich zur Verurteilung zu acht Jahren Haft. 1979 wurde er amnestiert und ging in den Westen. Er gehörte zu den Gründern der grünen Partei, wandte sich „dem Transzendentalen“ zu, also dem Gespensterglauben moderner Spielart, und wurde Jünger des Sektengurus Bhagwan. Hatte er einst seine psychische Stütze bei einer Partei gesucht, die dem Menschen angeblich „alles gegeben“ hat, unter anderem „Sonne und Wind“, wie es in einem Lied hieß, in dem die SED sich feierte, so lebte er nun - von dieser Partei enttäuscht - sein religiöses Gemüt offener aus. Das hinderte ihn nicht an dem Versuch, Gysi nach dem Zusammenbruch der DDR dazu zu überreden, eine „neue kommunistische Partei“ zu begründen. Das wäre wohl eine hübsche Partei geworden! Freilich scheiterte er bei diesem Versuch, denn Gysi und seinesgleichen suchen ihr Reich durchaus in dieser Welt, und da herrscht allein die Religion des Marktes und des Profits.

Doch der wichtigere Grund, warum Bahro interessant ist, ist folgender:

Bahros Buch „*Die Alternati-*

ve“ ist zwar ein Sammelsurium krauser und unausgegorener Gedanken, die keiner marxistischen Kritik standhalten, doch es enthält einige Termini, die bestimmte Erscheinungen an der Oberfläche der damaligen DDR-Gesellschaft durchaus treffend beschreiben: „*Subalternität*“ (also Über- und Unterordnungsverhältnisse im Rahmen hierarchischer Strukturen), „*Inquisition*“, „*säkularisierter Gottesstaat*“ (säkularisiert: verweltlicht). Erschien diese Gesellschaft etwa nicht in der Form einer alles erfassenden Hierarchie, in der Weisungen von ganz oben bis ganz unten „durchgestellt“ wurden, wie es im Jargon hieß? War die Stasi etwa keine Inquisition, die versuchte, jeglichen Widerstand mit geheimpolizeilichen Mitteln auszuspitzeln und zu brechen? Und wurde dies alles etwa nicht durch eine quasi-religiöse (sich als marxistisch-leninistisch ausgebende) Ideologie abgesegnet, deren Priester vorgaben, im Besitze der allein-seligmachenden Wahrheit zu sein, die jedem einzelnen Akt der Staatsgewalt die Weihe höherer geschichtlicher Zwecke verlieh? Zweifellos.

Und Bahro sprach aus, daß hier **Interessen am Wirken waren**. Das schlug ein wie eine Bombe, denn genau das wurde von der Staatsreligion entschieden geleugnet. Ihr zufolge war die ganze Gesellschaft - von einigen „Konterrevolutionären“ und „geistig Verwirrten“ abgesehen - daran interessiert, den objektiven Gang der Geschichte zu vollstrecken. So vertuschte die Staatsreligion die verschiedenen - teils identischen, teil gegeneinanderwirkenden - Interessen der verschiedenen Glieder des hierarchischen Apparats, der die Macht ausübte.

Damit war allerdings weder der bestehende Gesellschaftszustand wirklich begriffen, noch war erklärt, wie es zu diesem Zustand gekommen war, und Bahro versuchte auch gar nicht, das zu erklären. Er sagte statt

dessen, „*der Begriff des Apparats*“ (nämlich des Machtapparats der Herrschenden) sei „*exakt genug für strategische Zwecke*“, und damit war jeder weitere Analyse der Weg versperrt.

Das Kapital war beseitigt, doch eine Herrschaft (und zwar nicht die der Arbeiterklasse!) war vorhanden - damit hatte Bahro recht. Doch er erklärte diese Herrschaft zum „*allgemeinen Wesen aller Klassenherrschaft*“ und erklärte sie damit eben **nicht**, denn die Wahrheit ist immer konkret. Ein allgemeines Wesen, welches getrennt und unabhängig von konkreten Dingen existiert, gibt es in dieser Welt nicht und muß tatsächlich im Geisterreich des „Transzendentalen“ gesucht werden.

Doch seien wir selbstkritisch: Auch wir begriffen damals das Wesen der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR **nicht**. Wir erklärten die DDR für kapitalistisch, was mit der Wirklichkeit nichts zu tun hatte. Erst später begriffen wir, was in der Sowjetunion und anderen Ländern wirklich geschehen war. Grob schematisch skizziert handelt es sich um folgendes:

Die Arbeiterklasse benötigt die sozialistische **Verstaatlichung**, um die warenproduzierenden Verhältnisse von Grund auf zu zerschlagen. Doch damit ist erst ein **roher Entwurf** des Kommunismus geschaffen. Diese ersten Maßnahmen der siegreichen Arbeiterklasse erscheinen „*ökonomisch unzureichend und unhaltbar*“, treiben aber „*im Lauf der Bewegung* (nämlich im Lauf des Übergangs zum Kommunismus, RM) *über sich selbst hinaus*“ (Marx/Engels, Manifest der kommunistischen Partei, MEW 4 S. 481) Dieser Übergang ist **historisch gesehen** ein Augenblick: „*Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt - die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft - ist zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat.*“ (Engels, Anti-Dühring,

MEW 20 S. 262) Dieser historische „Augenblick“ macht aber für die Individuen, die ihn durchlaufen, eine längere Periode aus, in welcher der Staat einerseits Geburtshelfer des Neuen ist, der Gesellschaft frei assoziierter (verbundener) Produzenten, die Entwicklung des Neuen aber zugleich hemmt, weil sich auf der Grundlage der Staatlichkeit, der hierarchischen Apparate, zugleich **besondere** Interessen herausbilden, die sich aber als **allgemeine** tarnen müssen. Im Sozialismus nutzt die Arbeiterklasse ihren Staat, ist zugleich aber gezwungen, sich mit klassenfremden Interessen herumzuschlagen, die sich aufgrund dieser Staatlichkeit entwickeln. Ist die Bewegung zur klassenlosen und staatsfreien Gesellschaft aber gestoppt, so wird die Bewegung dieser Sonderinteressen zur bestimmenden Bewegungsform von Gesellschaft und Staat. Die Führer der Wirtschaft und des politischen Machtapparats bilden - bei all den fortbestehenden Widersprüchen untereinander - ein gemeinsames, gegen die Arbeiterklasse gerichtetes Klasseninteresse heraus. Doch die bürgerliche, die warenproduzierende Ordnung wird zunächst nicht wiederhergestellt.

Es ist also ein sozialökonomisches Element in Erscheinung getreten, das bereits geschichtlich überwunden geglaubt war: Persönliche statt sachlicher Herrschaftsverhältnisse. Das warenproduzierende „*Individuum besitzt die gesellschaftliche Macht unter der Form einer Sache. Raubt der Sache diese gesellschaftliche Macht, und ihr müßt sie Personen über die Personen geben.*“ (Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 42 S. 91) Die Errichtung persönlicher Machtstrukturen ist zur grundlegenden Zerschlagung der warenproduzierenden Ordnung erforderlich, ist eine Krücke der alten Gesellschaft, die die Arbeiterklasse nutzen muß. Sie ist aber alles andere als Selbstzweck. Die Geschichte hat die Entwicklungsstufe persönlicher Abhängigkeiten nicht durch die Stufe sachlicher

Fortsetzung auf S.10

Fortsetzung von S.9 Zum Tode Bahros...

Abhängigkeiten abgelöst, um danach die erstere wiederherzustellen, sondern der Übergang zu einer dritten, höheren steht geschichtlich an: „*Freie Individualität, gegründet auf die universelle Entwicklung der Individuen und die Unterordnung ihrer gemeinschaftlichen, gesellschaftlichen Produktivität als ihres gesellschaftlichen Vermögens, ist die dritte Stufe.*“ (ebenda) Persönliche Abhängigkeitsverhältnisse haben nur als vorübergehend erforderliche Krücke, die den Übergang zu dieser dritten Stufe ermöglichen soll, einen fortschrittlichen Inhalt.

Geht die Orientierung auf den Kommunismus indessen verloren, so werden diese persönlichen Machtverhältnisse noch reaktionärer als die bürgerliche Ordnung selbst, denn beim gegebenen Entwicklungsstand der Produktivkräfte ist persönliche statt sachlicher Macht als eigenständige sozialökonomische Formation nicht mehr möglich. Die herrschenden Revisionisten waren daher in wachsendem Maße zum Ausbau von Ware-Geld-Kategorien gezwungen, doch es half alles nichts: Entweder hätte die Arbeiterklasse in einer erneuten Revolution die Macht wieder ergreifen und die Orientierung auf den Kommunismus wiederherstellen müssen, oder die bestehende Ordnung mußte dem Kapitalismus weichen. Da ersteres nicht geschah, trat letzteres ein.

Bahro witterte also ganz richtig, daß die **persönlichen** Herrschaftsstrukturen keine Perspektive hatten. Er witterte ganz richtig, daß es sich in gewisser Weise um **vorbürgerliche** Herrschaftsformen handelte. Diese Herrschaftsformen hatten in der Erscheinung tatsächlich gewisse Ähnlichkeiten mit dem Feudalismus, und die ideologischen Verkleidungen, zu denen die Herrschenden gezwungen waren, ließen das Regime tatsächlich als säkularisierten Gottesstaat **erscheinen**. Doch es war kein Feudalismus, und da Bahro nicht von den Interessen der Ar-

beiterklasse ausging, konnte er die Mängel seiner Auffassungen nicht beseitigen. Seine praktische Konsequenz hieß vielmehr: Beseitigung der persönlichen Herrschaftsverhältnisse durch Wiederherstellung der sachlichen, also des Marktes, aber bitte ohne Ausbeutung und Entfremdung. Alternativer Landbau auf Genossenschaftsbasis - darin versuchte er sich nun. Doch Ausbeutung und Entfremdung können ohne Beseitigung des Marktes nicht verschwinden. Den Widerspruch, der in der Wirklichkeit nicht aufzulösen war, suchte Bahro nun „transzendental“ aufzulösen, mittels der Religion. Einst Funktionär einer Partei, die „immer recht“ hatte, weil sie angeblich die Geschichte vollstreckte, suchte er auch jetzt etwas Höheres als das der bürgerlichen Gesellschaft eigene egoistische Streben des Individuums nach borniertem persönlichem Vorteil. Er fand dieses „Höhere“ bei Bhagwan. Der Kritiker des „säkularisierten Gottesstaates“ landete beim nicht-säkularisierten Gottesstaat einer religiösen Sekte.

Wolf Biermanns „Abgesang auf den Kommunismus“

Wolf Biermann traf sich in Wildbad Kreuth mit der Führungsriege der CSU. Bis weit nach Mitternacht saß er mit den Herrschenden im Bierstüberl beisammen und sang ihnen vor. „*Der gute Christ bleibt auch mal länger*“, freute sich Waigel. Er hatte Grund zur Freude, zelebrierte Biermann doch den „Abgesang auf den Kommunismus“: „*Kommunisten können sich heute nur noch Leute nennen, die nie welche waren.*“ Und die welche waren, müssen heute Freunde von Waigel und Stoiber sein? Wohl kaum. Die Sache ist die, daß Biermann nie einer war.

Wenn die Waigel und Stoiber sich über den „Abgesang auf den Kommunismus“ freuen, dann haben sie sich zu früh gefreut.

„Oberlandesgericht erteilt Redeverbot für geistig Behinderte:

Köln: Sieben geistig Behinderte aus dem Kreis Düren dürfen sich nach der Entscheidung des Kölner Oberlandesgerichts (OLG) nur noch zu bestimmten Uhrzeiten in ihrem Garten unterhalten. Ein Nachbar hatte wegen Lärmbelästigung geklagt. Das OLG entschied, das in Artikel 3 des Grundgesetzes festgeschriebene Diskriminierungsverbot gegen Behinderte bedeutet nicht, daß ein Nachbar störenden Lärm hinnehmen müsse. Die Klage war in erster Instanz abgewiesen worden.“

(aus dem WDR - Videotext vom 08.01.98, Seite 117)

Wie würden sie sich fühlen: Stellen Sie sich mal vor, Ihr Nachbar wollte ihnen vorschreiben, wann sie Ihren Garten betreten dürfen und wann nicht. Wann sie sich unterhalten dürfen und wann nicht. Sicher würden sie sich in Ihrer Würde (zurecht) verletzt fühlen. Das Gericht ging sogar soweit, daß es sich nicht etwa wegen der Lautstärke für dieses Urteil entschied, sondern daß es das Urteil damit begründete, daß die Geräusche „außerordentlich belastend“ seien. Diese Aussage ist eine Diskriminierung.

Warum entschied das Gericht so? Das Gericht entschied gegen Artikel 3 des Grundgesetzes (dieser verbietet die Diskriminierung von Behinderten) und gab stattdessen dem Recht auf Eigentum den Vorzug. Dies beweist, welche Urteilkriterien für deutsche Gerichte Priorität haben. Es sind an erster Stelle kapitalistische Kriterien (Schutz des Kapitals, Schutz des Eigentums), erst nach diesen (wenn überhaupt) werden moralische Gesichtspunkte untersucht. Somit ist wieder einmal klar: Gerichte in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem handeln zum Schutz des Kapitals, nicht aber zum Schutz von Schutzbedürftigen!

Wie glaubwürdig ist „unser“ System? Ganz klar verstößt das Urteil gegen die verfassungsmä-

ßig „geschützte“ Würde des Menschen. Die Verfassung ist ein einziges Alibi des Systems! Mit ihm will man Kritikern die Luft aus den Segeln nehmen. „Wir haben doch einen humanen, demokratischen Staat, wenn Ihr es nicht glaubt, lest die Verfassung“. Das Urteil gegen die Behinderten zeigt, wie ernst es den „verfassungsschützenden Gerichten“ um die angeblichen Grundrechte ist. Ob so ein Gericht zurecht demokratisch genannt werden sollte, können sie selbst beurteilen. Wenn wir also von Diskriminierung sprechen, so sprechen wir von systembedingter Diskriminierung!

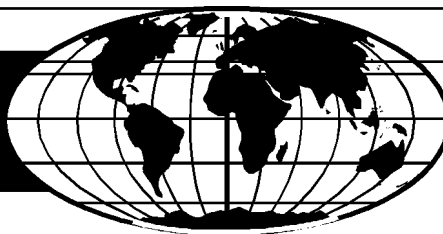
Behinderte und insbesondere geistig Behinderte haben nur wenige Möglichkeiten, für sich einzustehen: Auch deshalb sind sie oft Diskriminierungen, Vorurteilen und Gewaltanwendungen ausgesetzt. Dieser Zustand ist unerträglich! Er ändert sich nur, wenn wir uns aktiv für Gleichberechtigung einsetzen! Gleichberechtigung wird sich nur verwirklichen können, wenn das bestehende System grundlegend neu aufgebaut wird.

Auch in Kierspe gibt es geistig behinderte Menschen: Nun müssen wir damit rechnen, daß die zunächst gewonnene Klage kein Einzelfall bleibt. Auch in Kierspe könnte es zu ähnlichen Beschwerden und Klagen kommen. Dem müssen wir gemeinsam entgegenreten! In was für einem Land leben wir, wenn Behinderten jetzt sogar das Reden verboten wird? In einem demokratischen?

**Gegen ungerechte
Behandlungen und
Diskriminierung von
Behinderten!
Gegen das diskriminierende
Kapital!**

Dieses Flugblatt wurde von Freunden der KPD in Kierspe geschrieben und verteilt. Es könnte für andere Orte als Vorlage dienen.

Aus aller Welt



DKP-Delegation in China:

Trotz „Skepsis“ glaubenssicher

Der 15. Parteitag der „kommunistischen“ Partei Chinas hatte im Herbst letzten Jahres klare Beschlüsse gefaßt: Umwandlung von Staatsbetrieben in Aktiengesellschaften, mehr Fusionen, verstärkte Monopolbildung, und wer dabei nicht mithalten kann, soll rausfliegen: mehr Konkurse, zügigere Entlassungen. Mit einem Wort: Zügige Entwicklung des Kapitalismus und Monopolismus. (vgl. Roter Morgen 18/97, S. 12)

Nun besuchte eine Delegation der DKP unter Leitung des DKP-Vorsitzenden Heinz Stehr China. Fazit der Delegation: „Diese spannende und anstrengende Woche zeigte uns, daß wir es in China mit einer kommunistischen Partei zu tun haben, die auch nach 1990 nicht das Handtuch geworfen hat, sondern weiterhin versucht, den Sozialismus chinesischer Prägung aufzubauen.“ (UZ 24.12.)

Wie das? War die Delegation denn völlig blind für die offenkundigen Tatsachen?

Nein, das nicht. „Eine gehörige Portion Skepsis bleibt“, so heißt es in der UZ. Nun, zweifeln muß dem Menschen erlaubt sein. Aber der Zweifel darf den Glauben nicht verdrängen. Es bleibe „aber auch der Eindruck, daß die KP Chinas nicht nur auf den Marxismus schwört, um eine Rückkehr zum Kapitalismus zu verschleiern, sondern daß sie durchaus bewußt und zielgerichtet versucht, die Mechanismen der Marktwirtschaft im Sinne ihrer Zielvorstellungen vom Sozialismus chinesischer Prägung auszunutzen.“ (UZ) So wird beispielsweise berichtet, daß ein chinesischer Funktionär „die Situation der Freihandelszonen in die marxistische Strategie der KP Chinas einordnete.“ (UZ)

Wie? Darüber kein Wort.

Die DKP-Delegation behauptet nicht mehr und nicht weniger als folgendes: Die KP Chinas verfolge eine marxistische, an den Interessen des Proletariats orientierte Strategie, und was nach Kapitalismus aussehe, seien in Wirklichkeit taktische Maßnahmen im Rahmen einer solchen Strategie. **Wie diese Strategie aussehen soll, darüber fällt buchstäblich kein Wort.** Kein Wunder, denn eine solche Strategie gibt es nicht. Es bleibt bei Wiederholung von Phrasen der chinesischen Funktionäre, wie z.B.: „Da der Marxismus aber wissenschaftliche Entwicklung bedeute, müsse man ihn immer eng mit der Praxis verbinden.“ Das heißt auf gut Deutsch, in China müsse „der Marxismus“ heute auf die rasche Entwicklung des Kapitals orientieren, und das eben sei Sozialismus.

Eine schöne „Wissenschaft“, die auf ein plattes Glaubensbekenntnis reduziert ist! Man kann ebensogut an die jungfräuliche Empfängnis Mariens glauben wie an den Aufbau des Sozialismus in China. Wir hoffen, daß die Genossinnen und Genossen der DKP sich nicht mit derartigen platten Glaubensbekenntnissen begnügen werden, sondern sich den Tatsachen stellen werden.

Denn eines muß klar gesagt werden: Man kann nicht für den Sozialismus in Deutschland kämpfen, wenn man bereit ist, die stürmische Entwicklung des Kapitalismus in China, bei der die chinesische Arbeiterklasse unter die Räder kommt, als „Aufbau des Sozialismus“ zu verklären.

Im Roten Morgen 19/97 schrieben wir über die Berichtserstattung des Peking UZ-Kor-

respondenten Eike Kopf: „Offenbar ist der Autor damit zufrieden, wenn eine vom Volk völlig abgeschottete Kaste von Leuten, die sich als ‘Kommunisten’ bezeichnen, die Macht ausüben und diese Machtausübung als ‘Diktatur des Proletariats’ unter ‘Führung der Partei’ bezeichnen, völlig unabhängig vom Klassencharakter dieser Herrschaft, völlig unabhängig z.B. auch davon, daß diese Kaste soeben entschieden hat, zig Millionen Industriearbeiter zu entlassen und damit ins soziale Elend zu stürzen.“ Leider trifft auf die DKP-Delegation, die China besucht hat, dasselbe zu.

Übrigens: Der Bericht der UZ über den Besuch der DKP-Delegation in China enthält einen Kasten, in welchem sich Eike Kopf wieder zu Wort meldet. Wir wollen diese von der UZ unkommentiert wiedergegebene Stellungnahme unsererseits vollständig wiedergeben:

„Die chinesisch-deutschen Beziehungen hätten sich in den vergangenen 25 Jahren gesund und in rapid wachsendem Maße

entwickelt und seien ‘von großer Signifikanz’ (Wichtigkeit, RM) für die bilaterale ökonomische Kooperation, sagte der BRD-Botschafter in der VR China, Konrad Seitz, in einem Interview mit ‘China Daily’ anlässlich des 25. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Allein im Juni 1997 betrug die von deutschen Firmen in China investierte Summe 2 Milliarden US-Dollar. Allein VW habe etwa 2 Milliarden US-Dollar investiert. Siemens sei an 36 und Daimler Benz an 13 Joint Ventures beteiligt. Bayer, Hoechst, BASF und Henkel seien die führenden Investoren auf dem Gebiet der Chemieindustrie; jedes dieser Unternehmen sei an 15 bis 25 Joint Ventures beteiligt.“

Wie gesagt, dies bringt die UZ ohne jeglichen Kommentar, und zwar als Kasten innerhalb eines Artikels, der **ohne jeglichen Versuch einer Begründung** behauptet, in China würden „Mechanismen der Marktwirtschaft“ zum Zwecke des Aufbaus des Sozialismus genutzt.

Weitere Massenentlassungen in China

Mindestens 1,1 Millionen Beschäftigte bei der Eisenbahn werden entlassen, meldet die amtliche englischsprachige Zeitung „China“ am 5. Januar 1998. Im Zuge des Wandels soll lediglich der reine Verkehrsbetrieb der Bahn staatliches Monopol bleiben. Die Abteilung für Lokomotiven-, Wagen- und Streckenbau sollen sich privater Konkurrenz stellen.

Zentralbankchef Dai Xiaolong und Vizepremier Wu Bangguo kündigten an, daß die Umstrukturierung der Wirtschaft Chinas in den kommenden Jahren zügig voranschreitet. Die Staatsregierung will die Textilindustrie „wiederbeleben“. Der

Durchbruch wird sich zuerst in den neuen Arbeitslosenzahlen zeigen: 600 000 Menschen werden in der Textilbranche auf die Straße gesetzt.

Betriebliche Rentabilität gewinnt auf dem Weg zum Privateigentum an Produktionsmitteln immer mehr den Vorrang. China ist 1996 mit einem Volumen von 42,3 Mrd. Dollar hinter den USA das attraktivste Land für Auslandskapital gewesen. Die chinesischen Staatsmonopole möchten hinter den Profiten der ausländischen Konzerne nicht zurückbleiben.

Aus Südchina werden Streiks von Arbeitern gemeldet, die seit Monaten nicht bezahlt werden.

Fortsetzung von S.1 „Chefsache Mielke“...

Verlag, Berlin 1996)

Auffallend ist, daß der Schutz der „Weltanschauung der Arbeiterklasse“ zu den Aufgaben des Staatssicherheitsdienstes gezählt wurde, der damit in der Tat auch die Funktion einer Art „Gedanken- bzw. Ideologiepolizei“ für sich reklamierte.

Und die „Weltanschauung der Arbeiterklasse“ (d.h. der Revisionismus) konnte schon von den jüngsten Bürgern des Landes „angegriffen“ werden. Folgerichtig konnten auch Kinder als „negative Kräfte“ eingestuft werden.

Aufgefallen bin ich bereits als 14jähriger Jugendlicher. Bereits als Kind hatte ich viel Interesse an Literatur und Geschichte. Nikolai Ostrowskis Buch „Wie der Stahl gehärtet wurde“ hinterließ einen tiefen Eindruck bei mir.

Recht früh las ich bereits das Manifest von Marx und Engels. Später kamen andere Klassiker hinzu.

Dieses lesen geschah „frei“ von den üblichen Erklärungen. Kein Schullehrer, kein FDJ-Leiter o.ä. der eine SED-Interpretation gab. Selbstständig studierte ich eine Reihe der Klassiker. (Auch wenn es langwierig war) Das waren wichtige Grundlagen meiner oppositionellen Haltung.

Die überall sichtbaren Mißstände in der Gesellschaft und die eklatante Kluft zwischen Theorie und Praxis: Erklärungen gaben die Klassiker.

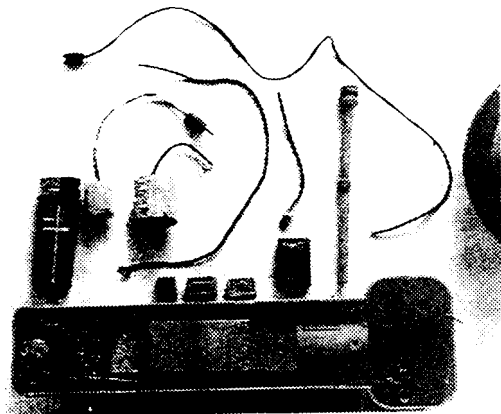
Eine andere Meinung im Staatsbürgerkundeunterricht, Diskussionen im Ferienlager über die Intervention der Warschauer Vertragsstaaten in die CSSR 1968 genügten für das MfS. „Erschwerend“ kam hinzu, daß ich öffentlich Radio Tirana im Kinderferienlager hörte.

Als 17jähriger hatte ich dann einen eigenen operativen Vorgang (OV). Aufgabe eines solchen OV ist es Informationen und detaillierte Angaben zusammenzutragen, um ein Ermittlungsverfahren einzuleiten und Zersetzungsarbeit zu leisten.

Wichtige Maßnahmen des OV sind:

Ziel war, Beweise für eine vermutete Straftat zu erarbeiten und die jeweiligen Handlungen zu unterbinden. Alles wurde nach bestimmten Richtlinien des Ministerrates festgelegt, um geheimdienstlich zu arbeiten:

- A) Die Briefe des Bürgers werden geöffnet (Maßnahme „M“, Postkontrolle)
- B) Man brach in die Wohnung ein (Konspirative Wohnungsdurchsuchung durch Abteilung VIII)
- C) Baut Wanzen in die Wohnung (Maßnahme 26B)



Wanzen: Sie wurden in Lichtschalter, Holzleisten, hinter Schrankwänden installiert. Als Maßstab dient ein Feuerzeug. Meine Wohnung war voll mit solchen Geräten.

- D) Observation (Abteilung VIII) und heimliches fotografieren (Maßnahme 26F)
- E) Telefon wird abgehört (Maßnahme 26A)
- F) Baut ein stecknadelkopfgroßes Video-Objektiv in die Wohnung (Maßnahme 26D)
- G) Drückt ihn von seinem Arbeitsplatz weg (durch operative Spiele/ Kombination)
- H) Man verleitet den Bürger zum Handeln und Reagieren durch operative Spiele/ Kombinationen. Der Bürger sollte dazu gebracht werden, sich durch unbedachte Handlungen selber zu belasten bzw. entlasten.
- I) Setzt Spitzel auf ihn an (Einsatz eines IM durch den federführenden Offizier)

(Vgl. dazu auch die Richtlinie: Nr. 1/76 zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge OV/GVS MfS 008-100/76)

Sollten die Maßnahmen den Tatbestand ergeben, daß es sich hier um einen kritischen DDR-Bürger handelt, wurde er gleichzeitig in die Liste für Personen aufgenommen, die in Krisensitu-

ationen zu isolieren sind. In der Direktive Nr.1/67 (Geheime Kommandosache) wurden die Aufgaben für eine stabsmäßige Vorbereitung zur Errichtung von Internierungslager festgelegt. In der Anlage 1 zur Direktive „Kennziffersystem zum Mobilmachungsplan“ wurde u.a. genannt: Schaffung der Grundlage, um Personen zu isolieren, von denen eine Gefährdung für die Verteidigungsfähigkeit der DDR ausgehen könnten. Die Zuführung dieser Personen sollte durch Angehörige des MfS erfolgen, Sammelpunkte waren vorzubereiten und der Transport

in die Isolierungsobjekte zu organisieren.

Im Dokument GVS MfS 0005 - 99/86 ist es erkennbar, welche Personen gemeint sind: Bürger der DDR, „von denen auf Grund ihrer verfestigten feindlich-negativen Grundhaltung gegenüber der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung und unter Berücksichtigung ihres bisherigen Auftretens, ihrer offiziell und inoffiziell bekannt gewordenen Äußerungen, ihrer Kontakte und Verbindungen sowie bestimmter Lebens- und Verhaltensweisen mit Wahrscheinlichkeit im Verteidigungszustand eine akute Gefährdung der staatlichen Sicherheit und Ordnung ausgehen kann oder die solche Handlungen dulden oder unterstützen.“

Nicht zu isolieren, sondern gleich zu verhaften, (Kennziffer 4.1.1.) waren Personen mit sogenannter feindlichen Zielstellung, die

„Forderungen nach einer Veränderung der Staats- und Gesellschaftsordnung in der DDR

durch die Verbreitung von Auffassungen über einen ‚demokratischen Sozialismus‘ und neue Sozialismusmodelle aufgestellt haben.“

(Nach Angaben der Vertreter der DDR-Generalstaatsanwaltschaft am 30.8.1990 vor der Regierungskommission zur Auflösung des MfS umfaßte die Liste der für eine Isolation Vorgesehenen mit Stand vom 30. November 1983 insgesamt 10.919 Personen)

Grundlage meines OV war die Einschätzung ich vertrete öffentlich pseudorevolutionäre und maoistische Ansichten. Dies wirkte „zersetzend“ auf die Gesellschaft und die Partei. Deshalb wurde der operative Vorgang wohl auch als OV-„Toxin“ geführt.

In diesen Operativen Vorgang wurden dann alle Maßnahmen des MfS festgehalten.

Auf konspirative Weise wurden betriebliche Beurteilungen (Kaderakte) gesammelt. Die jüngste Beurteilung war übrigens eine aus der 6. Schulklasse. Weiterhin wurden alle möglichen Einschätzungen zusammengetragen, die über verschiedene Quellen (z.B. IM's) ermittelt wurden. Sei es im Wohngebiet, im Betrieb usw. Ärztliche Gutachten wurden gesammelt. Hobbys ermittelt.

Eingeleitet wurde eine Postüberwachung.

Die gesamte familiäre Umgebung wurde in den OV mit einbezogen.

Das DDR-Ministerium als Einbrecherbande

Es dauerte dann auch nicht lange und es kam zur ersten „konspirative Hausdurchsuchung“.

Eine solche Hausdurchsuchung wurde äußerst bedacht getätigt. Sämtliche Hausbewohner wurden im Vorfeld „durchleuchtet“. Über jeden einzelnen wurden Akten angelegt. Der Wohnungseinbruch wurde präzise geplant und durfte „nicht gestört“ werden. D.h. in dieser Zeit

durfte kein Hausbewohner anwesend sein. Jeder Bewohner wurde dann genauestens beobachtet. Da wurden dann fingierte Kadergespräche getätigt, Arztbesuche arrangiert usw. (Legende = Täuschung. So die Spezialsprache der Stasi). Die Fäden zog immer die Stasi.

Der Zweck einer solchen Hausdurchsuchung war es, Informationen über mich zu sammeln. Fotos von der Wohnung, von Büchern und Briefen wurden gemacht. Zeitungen und Bücher wurden aufgelistet usw.

Wohnungseinbrüche mußten stets vom Stasi-Chef genehmigt werden. Diese wurden nach

de dann meine Wohnung verwandelt. Anfänglich gab es technische Probleme und eine angekündigte Renovierung ließ die Lauscher arg schwitzen. Nur unter großer Mühe gelang es rechtzeitig, für einige Tage die Abhörgeräte nocheinmal abzubauen. Von diesem Zeitpunkt an liefen die Schallaufzeichnungsgeräte des MfS. Es kam in der Folgezeit immer wieder zu Wohnungseinbrüchen. Das MfS fertigte gleich Nachschlüssel an und ich hatte so gewissermaßen eine „öffentliche“ Wohnung.

Die Wanzen selber waren fest installiert und auf Dauerbetrieb eingestellt. Zwar geben die Ak-

tisch observiert: 24 Stunden rundum Bespitzelung, wegen meiner „negativen Einstellung“ zur DDR lasen sich dann so:

„5.10 Uhr: Afro (so mein Bearbeitungsname durch das MfS) steht auf

5.11 Uhr: Rasieren, Zähneputzen
5.15 Uhr: Oase (die Ehefrau) steht auf. Gähnen.

5.15 Uhr: Westradio - NDR 2 - wird gehört.

5.18 Uhr: Oase tätigt Morgentoilette.

5.29 Uhr: Afro verläßt das Objekt.

5.44 Uhr: Oase verläßt das Objekt.

5.45 Uhr: Im Objekt herrscht Ruhe.

(...)“

Eine Observationsgruppe „begleitet“ mich bis zum Betrieb. Dort stehe ich unter „Aufsicht“ der IM's „Bernd“ und „Dreher“. Keine besonderen Vorkommnisse, heißt es dann lapidar.

„14.00 Uhr: Am Haupttor Weiterführung der Beobachtung:

14.32 Uhr: Afro schlendert die Straße entlang.

14.39 Uhr: Afro betritt einen Konsum. Kauft Waren im Wert von 11.47 Mark.

15.01 Uhr: Afro betritt das Objekt.

15.04 Uhr: Afro hört albanische Musik.

16.00 Uhr: Westfernsehen läuft. Eine Sendung über F.J. Strauß läuft auf ARD.

16.10 Uhr: Afro lacht über Strauß.

16.13 Uhr: Afro schimpft über Genossen Erich Honecker.

(...)“

22.29 Uhr. Es herrscht Ruhe im Objekt.“

Sparen wir uns diese Spitzelberichte. Sie sollen nur einen kleinen Einblick geben über die alltägliche Spitzeltätigkeit. Im Übrigen war es aber so, daß die Abteilung, die abhörte oder observierte, nicht die Gründe der Verfolgung erfuhren. Sicher ist sicher, war die Devise.

Erwähnen muß ich auch, daß das MfS, um die Konspiration zu wahren, die strafrechtliche Verwendung solcher „inoffiziellen“ Beweise untersagte. Gerichtsverwendbar war nur, was „legal“

beschafft worden war. Der Schein sollte irgendwie gewahrt bleiben.

Richtlinien einer Gangsterbande

Das MfS kannte keine Grenzen; jedes Mittel das zum Erfolg führen konnte, wurde angewandt. In den Richtlinien lagen die Grundlagen des Spitzelsystems. Zynisch und menschenverachtend legte Mielke die Maßnahmen der Zersetzung fest.

Er gab Anweisungen, „*Kenntnisse zu erarbeiten, die wirkungsvoll für offensive Zersetzungs- und Kompromittierungsmaßnahmen genutzt werden können.*“

Gegen die KPD wurden dazu die Maßnahmen aus RICHTLINIE Nr.1/76 angewandt:

„*Geheime Verschlusssache, MfS Nr. 100/76*

Mielke, Generaloberst (S. 46-48, Auszüge)

2.6. Die Anwendung von Maßnahmen der Zersetzung

2.6.1. Zielstellung und Anwendungsbereiche von Maßnahmen der Zersetzung

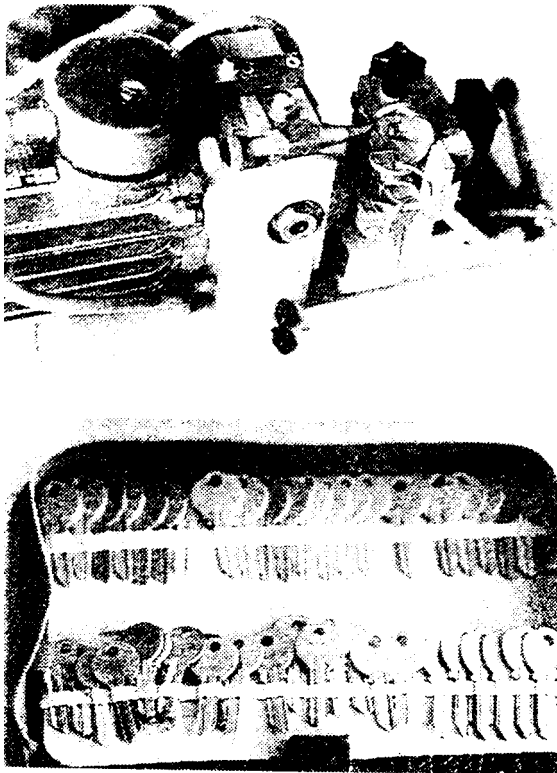
Maßnahmen der Zersetzung sind auf das Hervorrufen sowie die Ausnutzung und Verstärkung solcher Widersprüche bzw. Differenzen zwischen feindlich-negativen Kräften zu richten, durch die sie zersplittert, gelähmt, desorganisiert und isoliert und ihre feindlich-negativen Handlungen einschließlich deren Auswirkungen vorbeugend verhindert, wesentlich eingeschränkt oder gänzlich unterbunden werden.

(...)

Zersetzungsmaßnahmen können sich sowohl gegen Gruppen, Gruppierungen und Organisationen als auch gegen einzelne Personen richten und als relativ selbstständige Art des Abschlusses Operativer Vorgänge oder im Zusammenhang mit anderen Abschlußarten angewandt werden.

2.6.2. Bewährte anzuwendende Formen der Zersetzung sind:

- *systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufes, des Ansehens und des Prestiges auf der Grundlage miteinander ver-*



Oben: Eine mobile Schlüsselfräse. Damit konnte man jederzeit Wohnungsschlüssel kopieren.
Unten: Eine Sammlung verschiedener Rohlinge zur Herstellung von Nachschlüsseln.

Durchführungsbestimmungen des Ministers durchgeführt. In einem großen roten Buch waren die Ministerbefehle für die Durchführung von konspirativen Maßnahmen festgehalten.

Daß diese Maßnahmen gegen geltendes DDR-Recht verstießen, war kennzeichnend für die DDR. Auf der einen Seite formale Rechtsstaatlichkeit auf der anderen Seite wurde diese tagtäglich mit Füßen getreten. Millionenfache Briefkontrollen, zigtausendfache Wohnungseinbrüche und Abhören der Bürger usw. - dies alles wäre nach DDR-Recht kriminell.

Mitte der siebziger Jahre wur-

ten nur eine zeitlich befristete Abhörtätigkeit her (ca. 3 Monate im Jahr). Das besagt aber nichts: Der Umfang der Sammelwut der Stasi war so groß, daß eine Unmenge an Aktenmaterial auf Mikrofilm archiviert wurde. Davon existiert aber nur noch ein Teil.

Nicht protokolliert wurde jedoch der Abbau der Wanzen. Da ich aber bis zum Ende der DDR als „feindlich negative“ Person überwacht wurde - noch 1988 wurde ein IM auf mich angesetzt - sind diese Gerätschaften wahrscheinlich als „Erbe“ der DDR mitübernommen worden.

Gleichzeitig wurde noch op-

bundener wahrer, überprüfbarer und diskreditierender sowie unwahrer, glaubhafter, nicht widerlegbarer und damit ebenfalls diskreditierender Angaben;

- systematische Organisation beruflicher und gesellschaftlicher Mißerfolge zur Untergrabung des Selbstvertrauens einzelner Personen;

- zielstrebige Untergrabung von Überzeugungen im Zusammenhang mit bestimmten Idealen, Vorbildern usw. und die Erzeugung von Zweifeln an der persönlichen Perspektive;

- Erzeugung von Mißtrauen und gegenseitigen Verdächtigungen innerhalb von Gruppen, Gruppierungen und Organisationen;

- Erzeugung bzw. Ausnutzung und Verstärken von Rivalitäten innerhalb von Gruppen, Gruppierungen und Organisationen durch zielgerichtete Ausnutzung persönlicher Schwächen einzelner Mitglieder;

- Beschäftigung von Gruppen, Gruppierungen und Organisationen mit ihren internen Problemen mit dem Ziel der Einschränkung ihrer feindlich-negativen Handlungen;

- örtliches und zeitliches Unterbinden bzw. Einschränken der gegenseitigen Beziehungen der Mitglieder einer Gruppe, Gruppierung oder Organisation auf der Grundlage geltender gesetzlicher Bestimmungen, z.B. durch Arbeitsplatzbindungen, Zuweisung örtlich entfernt liegender Arbeitsplätze usw.

Bei der Durchführung von Zersetzungsmaßnahmen sind vorrangig zuverlässige, bewährte, für die Lösung dieser Aufgaben geeignete IM einzusetzen.

Bewährte Mittel und Methoden der Zersetzung sind:

(...)
- die Verwendung anonymer oder pseudonymer Briefe, Telegramme, Telefonanrufe usw.; kompromittierender Fotos, z.B. von stattgefundenen oder vorge-täuschten Begegnungen;

- die gezielte Verbreitung von Gerüchten über bestimmte Personen einer Gruppe, Gruppierung oder Organisation;

- gezielte Indiskretion bzw. das

Vortäuschen einer Dekonspiration von Abwehrmaßnahmen des MfS;

- die Vorladung von Personen zu staatlichen Dienststellen oder gesellschaftlichen Organisationen mit glaubhafter oder unglaubhafter Begründung.

Diese Mittel und Methoden sind entsprechend den konkreten Bedingungen des jeweiligen Operativen Vorganges schöpferisch und differenziert anzuwenden, auszubauen und weiterzuentwickeln.

(...)

Die Durchführung der Zersetzungsmaßnahmen ist einheitlich und straff zu leisten. Dazu gehört die ständige inoffizielle Kontrolle ihrer Ergebnisse und Wirkung. Die Ergebnisse sind exakt zu dokumentieren.“

Die Zerschlagung der Sektion DDR

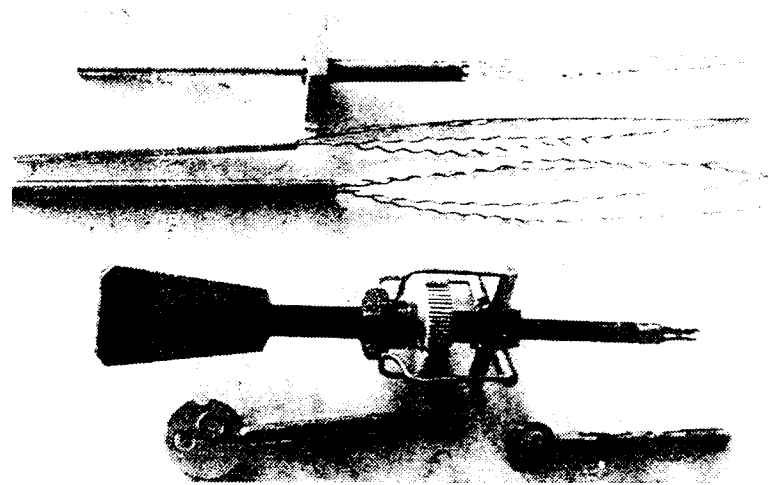
Die Ausforschung des „Feindobjektes“ bot die Möglichkeit, im Dezember 1980 und vor allem im März 1981 auf eine härtere Linie umzuschwenken und zum großen Schlag auszuholen: Insgesamt acht Mitglieder und Anhänger der Sektion DDR wurden verhaftet und Ermittlungsverfahren wegen Vergehens nach § 106 StGB („Staatsfeindliche Hetze“) eingeleitet, gegen zwei weitere liefen Ermittlungsverfahren ohne Haft. (Vgl. Informationen der Hauptabteilung IX/2 vom 5.11.1981; BStU, ZA, AU 2409/83 Bd.7, Bl. 189f.)

Die beiden führenden Aktivisten der Sektion DDR - der eine arbeitete als Diplommathematiker, der andere war als Maschinenschlosser pikanterweise in der Druckerei des „Neuen Deutschland“ beschäftigt, wurden beide jeweils zur Höchststrafe von acht Jahren Freiheitsentzug verurteilt. An ihrer Verteidigung war auch der bekannte Rechtsanwalt Wolfgang Vogel beteiligt.

Der eine der beiden Hauptverantwortlichen saß seine Strafe in Brandenburg, der andere in Bautzen ab. Beide stellten noch

in der Haft Anträge auf Übersiedlung in die BRD; erst nach fünfeneinhalbjähriger Haftdauer wurden sie in den Westen abgeschoben.

Die Reihenfolge der Verhaftungen ergab sich aus der Absicht zunächst beim vermeintlich „schwächsten Glied“, das heißt den eher schwankenden Anhängern anzusetzen. Auf der Grundlage ihrer Aussagen, so vermutete die Stasi, würde sich genügend belastendes Material zur Festnahme der maßgeblichen KPD-Aktivistinnen ergeben. Durch



Ein Schließbesen zum Entriegeln von Schlössern. Mit dem „T54“ (unten) wurden Kronenschlösser geöffnet. Westliche Geheimdienste, auch der Verfassungsschutz, benutzen ähnliche Werkzeuge

die Festnahmen konnte die Stasi die Aktivitäten der Sektion DDR weiter rekonstruieren. In der Wohnung eines Verhafteten wurde eine verschlüsselte Liste mit 150 Namen gefunden, von denen die Stasi binnen kurzem 36 entschlüsselt hatte: 24 davon erwiesen sich als „inoffizielle Positionen“ des MfS.

Anhänger und Sympathisanten der Sektion DDR, denen strafrechtlich relevante Vergehen konnten, wurden durch vorübergehende „Zuführung“ unter Druck gesetzt. („Befragung zu einer Angelegenheit“) Würden sie sich dann gegenseitig belasten, hätte das MfS die gewünschten Beweise in der Hand gehabt. Wenn sie dagegen vorziehen sollten zu schweigen, vermochte die Stasi sie zwar nicht festzuhalten, konnte sie aber gerade wegen ihrer raschen Freilassung in den Augen ihrer Gesinnungsgenossen wirkungs-

voll diskreditieren - so oder so hatte das MfS alle Vorteile auf seiner Seite. (Vgl. Maßnahmenplan der Abteilung IX der BV Berlin zur Vorbereitung und Durchführung der am 29.9.81 geplanten strafprozessualen Prüfungsbedingungen vom 26.8.81; BStU, ZA, AU 2409/83 Bd.7, Bl.8-10.)

Auch die nächsten Verwandten der Inhaftierten wurden, oftmals unter Legende, zu Vernehmungen „geladen“.

Im April 1981 unternahm eine Angehörige eines Inhaftierten

einen Selbstmord-Versuch, denn in ihrem Verhör hatte der Staatssicherheitsdienst seine Aura von „Allwissenheit“ und „Allmacht“ deutlich demonstriert. (Vgl. BStU, ZA, AOP 643/85 Bd.1, Bl. 257-260)

Meine Frau wurde die Scheidung nahegelegt und in Aussicht gestellt, das gemeinsame Kind zwangsweise zu adoptieren, da die Familie nicht die Gewähr stellt das Kind im „Sinne des DDR-Sozialismus“ zu erziehen. Es wurde darauf hingewiesen, daß das Kind (3 Jahre alt) in seiner Entwicklung ebenfalls beobachtet würde.

Zu den Mitteln der Verhöre gehörten neben Drohungen, wie: „nicht unter 10 Jahre Knast“, „Wir können sie zwangsweise scheiden lassen“ offene Morddrohungen: „Sollten Sie noch einmal in der Nähe der albanischen Botschaft sein, bedenken Sie auch, wir sind überall präsent. Und wie rasch kommt es zu

„einem Verkehrsunfall!“ (Vgl. Notizen: „Furcht und Elend der Stasi“, Die Lehren der Stasiverhöre.)

Das waren aber nicht nur Drohungen, um einzuschüchtern. In Polen z.B. wurden viele Genossen der illegalen Kommunistischen Partei von den Sicherheitsorganen ermordet. Dazu gibt es genügend Beweise. In der DDR unterhielt die Stasi eine Sondereinheit (ca. 300 Personen) die für Mord und Terror zur Verfügung standen. Auch wenn diese Einheit für einen Westeinsatz vorgesehen war („Spannungsfall“) konnte sie für Sonderaufgaben in der DDR aktiviert werden. In „zahlreichen Varianten“ sei trainiert worden, wie jemand ermordet werden könnte, so ein Mitglied der Einheit. Die Sondereinheit war nicht nur spezialisiert, fingierte Autounfälle perfekt auszuführen, sondern verfügte auch über alle Kenntnisse, um Selbstmorde bei Gewaltverbrechen vortäuschen zu können. (Vgl. „Stasi-und kein Ende. Die Personen und Fakten“, Ullstein-Buch Nr. 34773; 1991 -S. 213-215)

Sofern Aussagen von Festgenommenen auch inoffizielle Mitarbeiter namentlich belasteten, sorgte die Staatssicherheit für das möglichst unauffällige „Herauslösen“ der IM aus der Sektion DDR.

Grundsätzlich verhaftete die Stasi diejenigen Personen, denen sie strafrechtlich relevante Vergehen nachweisen konnte und die nicht zugleich IM's waren.

Als flankierende Maßnahme zu den Verhaftungen leitete das MfS im Frühjahr 1981 in großem Maßstab Reisesperren- und Fahndungsmaßnahmen ein. Insgesamt wurden 357 Reisesperren gegen bundesdeutsche KPD-Genossen verhängt (betroffen waren 65 Funktionäre, 14 Instrukteure, 16 Kuriere und 262 weitere Parteiaktivisten - nach Angaben des MfS.)

Wie gut das Mielke-Ministerium unterrichtet war, zeigte sich etwa, als im MfS die Frage abgewogen wurde, ob die Präsenz eines IM auf dem V. Parteitag der KPD im Winter 1983 sinnvoll

sei. Offensichtlich kamen sie zu dem Resultat, daß die Parteitagebeschlüsse ohnehin zu erfahren sind und es nachteilig sei, wenn die Anwesenheit eines Delegierten der Sektion es der KPD erlauben würde, ihre Präsenz im Osten zu behaupten. Außerdem waren dem MfS mit Hilfe inoffizieller Mitarbeiter sogar die Redebeiträge einzelner Delegierter im Vorfeld der Veranstaltung bekannt geworden. (Vgl. Abschrift eines Antrages bzw. Stellungnahme eines Funktionärs der KPD zum bevorstehenden Parteitag, welche der IM einsehen konnte vom 26.6.1983; BStU, ZA, AOPK 8286/87, Bl.253-262.)

Die öffentlichen Proteste - Solidaritätsarbeit der KPD

Nach der massiven Verhaftungswelle in der DDR wertete die KPD die Ursachen dafür aus. Neben ungenügender konspirativer Arbeit der Genossen der Sektion wurde auf die Zuarbeit der DKP verwiesen, die als verlängerter Arm des MfS wirkte. (Vgl. Bericht der AG XXII der BV Berlin vom 22.12.83 zum Treffen mit dem Inoffiziellen Mitarbeiter der Abwehr mit Feindberührung (IMB) „Trabant“, BStU, ZA, Neiber 91, Bl. 183-191.)

Es kam bundesweit zu einer Vielzahl von Aktivitäten zur Freilassung der gefangenen Kommunisten in der DDR. Aktivisten der Partei besetzten das Bonner adn-Büro (Oktober 1981), versuchten Autobahnübergänge an der Grenze zu blockieren oder ketteten sich an dem Gebäude der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn fest (Juli 1982). Vor dem Grenzposten an der Bornholmer Straße eröffneten fünf Genossen einen viertägigen Hungerstreik (Dezember 1981). Zweimal bemühten sich Genossen, Unterschriftenlisten gegen die Festnahme an DDR-Organen zu überreichen (Oktober und Dezember 1981). Sechsmal (zwischen Dezember

1981 und Mai 1982) wurden von Westberlin aus mittels Ballons Flugblätter in der anderen Hälfte der Stadt verbreitet und so die Verhaftungen publik gemacht. (Vgl. Information 230/82 über erneute Hetzschriften-Ballonaktionen von Berlin (West) aus o.D.; BStU, ZA, Neiber 90, Bl. 155f.)

Auch in die „Höhle des Löwen“ wagten sich bundesdeutsche Kommunisten vor. Vier von ihnen reisten für die DDR völlig überraschend von Westberlin aus in den Ostteil der Stadt und ketteten sich auf dem Alexanderplatz an (November 1981); ein anderer warf zur selben Zeit nicht weit davon entfernt Flugblätter über die Balustrade des „Centrum“-Warenhauses. (Vgl. Abschlußbericht der Abteilung XXII/8 zum OV „Sektion“ vom 30.3.1989; BStU, ZA, AOP 2796/89, Bd. 1, Bl. 216-220.)

Schließlich sammelte ein westdeutscher Halbbruder eines Inhaftierten rund 200 Unterschriften (unter anderem die von Heinrich Böll und Heinrich Albertz) für die Freilassung der Gefangenen und reiste am Vormittag des 18. November 1982 unbehelligt in die DDR ein, konnte die Petition an die Eingabestelle des Ministeriums der DDR übergeben und kehrte ohne Probleme wieder in den Westen zurück. (Vgl. Bericht vom 1.12.82. Siehe auch AOPK „Springer“, BStU, ASt Frankfurt/Oder, AOPK Cottbus 1819/84.)

Das MfS versuchte, diese Kampagne effektiv und zugleich möglichst unauffällig abzuwehren. Die Genossen, die sich auf dem Alex angekettet hatten, wurden festgenommen. Zwei Tage nach ihrer Verhaftung wurden sie zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt und aus der DDR ausgewiesen.

Auf die Genossen der Sektion mußte das MfS weniger Rücksicht nehmen, doch sollten die verbliebenen Aktivisten keine spektakuläre Aktionen starten. („Bei aller Konsequenz unserer Maßnahmen müssen jedoch Konfrontationen, die zu spektakulären Aktionen der 'KPD' oder anderen Auswirkungen mit hoher

Öffentlichkeitswirkung führen dürfen, vermieden werden“ - so Neiber in Wiedergabe von Anweisungen Mielkes. Schreiben Neibers vom 3.12.82)

Studium des Marxismus-Leninismus wird verboten

Obwohl viele Aktivisten der Sektion DDR verhaftet wurden, glaubte sich das Ministerium gegen den zersetzenden „Bazillus“ der KPD noch besonders wappnen zu müssen. Gegen vier der Inhaftierten wurden eigens Operative Personenkontrollen mit dem Decknamen „Igel“ eingeleitet, weil die für die Sicherheit der Justizvollzugsanstalten zuständige Hauptabteilung VII des MfS befürchtete, daß die Gefangenen durch ihre „feindliche Haltung“ Mitgefängene beeinflussen. Um dies zu verhindern, kamen 4 IM's des MfS sowie 2 IM's der Kripo (Arbeitsgebiet I) zum Einsatz.

Zu den subversiven Absichten eines Gefangenen gehörte es, ungestört die Klassiker des Marxismus-Leninismus zu studieren. Das Ministerium für Staatssicherheit untersagte das aber und geriet bei der Begründung dieses Verbotes in große Argumentationsschwierigkeiten. (Vgl. BStU, ZA, AOPK 427/85.)

Damit ließ es das MfS allerdings nicht bewenden, sondern führte im Strafvollzug auch „Zersetzungsmaßnahmen“ durch. „Durch zielgerichtete politisch-operative Maßnahmen wurde bei den Mithäftlingen des Leiters der ehemaligen Sektion DDR der Eindruck vertieft, daß er als 'Stasi-Spitzel' für das MfS tätig ist. Infolgedessen wird ihm zunehmend mit Mißtrauen begegnet und er von anderen Häftlingen gemieden.“ (Zwischeneinschätzung der Abteilung XXII/3 zum OV „Sektion“ vom 3.1.86; BStU, ZA, AOP 2796/89 Bd. 1, Bl. 186-189; Information der Arbeitsgruppe XXII der BV Berlin vom 12.4.85 zur linksextremistischen „KPD“; BStU, ZA, Neiber 91, Bl. 73-75; Sachbe-

standsbericht der Abteilung VII der BV Brandenburg zur OPK „Igel“ vom 4.7.85; BStU, ASt Berlin, AOPK 2172/83, Bl. 42-45.)

Und auch für die Zeit nach der Haftentlassung wollte das MfS gleich Vorsorge treffen: „M(eines) E(rachtens),“ so Mielke-Stellvertreter Gerhard Neiber, „sollte überlegt werden, wie wir die in der DDR inhaftierten KPD-Mitglieder gegenüber ih-

„Wir sind nicht davor gefeit, daß wir mal einen Schuft unter uns haben. Wenn ich das schon jetzt wüßte, würde er ab morgen nicht mehr leben. Kurzen Prozeß. Weil ich Humanist bin. Deshalb hab ich solche Auffassung. (...) Das ganze Geschwafel, vonwegen nicht hinrichten und nicht Todesurteil - alles Käse, Genossen. Hinrichten, wenn notwendig auch ohne Gerichtsurteil.“

Erich Mielke in seiner Schlußbemerkung auf der Kollegiumssitzung vom 19. 02. 1982; Tonbandprotokoll

(„Stasi intern - Macht und Banalität“, Forum Verlag Leipzig 1991)

ren Verbindungen und vor allem der KPD so kompromittieren, daß wir sie aus der Haft entlassen und in die BRD abschieben können, um die Zersetzung der KPD zu fördern und den zu Übersiedelnden selbst jegliche Möglichkeit nehmen, bei Gleichgesinnten Anschluß zu finden.“ (Schreiben Neibers vom 3.12.82; Information 75/308/83; Vorschlag (der HA IX) des MfS über die Anwendung weiterer Möglichkeiten zur Zersetzung der feindlichen Gruppierung „Sektion DDR“ der KPD/ML“ aus der Sicht des bearbeitenden Ermittlungsverfahrens vom 19.7.82; BStU, ZA, AU 2409/83 Bd. 7, Bl. 2678f. Im persönlichen Umfeld des Betroffenen wurden solche Maßnahmen nachweislich auch praktiziert. Vgl. Be-

richt der Arbeitsgruppe XXII vom 1.12.82; BStU, ZA, Neiber 90, Bl. 24-27.)

Eine Haftentlassung und Übersiedlung wollte Neiber überhaupt erst dann zulassen, wenn entsprechende Möglichkeiten zur Kompromittierung gegeben waren. (Vg. Schreiben Gerhard Neibers an Harry Dahl vom 14.4.82; BStU, ZA, Neiber 90, Bl. 225. Auch zwei Verwandte von inhaftierten KPD-Mitgliedern wurden in den Westen entlassen (und ihrer Wiedereinreise sogar zugestimmt), „um den Verdacht zu erwecken, daß beide Personen langjährig für das MfS tätig sind und im Auftrage unseres Organs übergesiedelt sind.“ Information 75/306/83.)

Prävention gegen einen Wiederaufbau der Sektion DDR

Neben der Furcht vor der Öffentlichkeit, die über Aktivitäten der KPD berichten könnte, war die Hauptsorge des MfS, die KPD könne die Sektion DDR reorganisieren. Deshalb sollten alle möglichen Aktivitäten bereits im Keim erstickt werden. Dazu bediente sich das MfS abermals seiner IM, die ihren westdeutschen Instruktoren nun nahelegen sollten, daß ein erneutes Engagement in der DDR sinn- bzw. zwecklos sei. Dabei galt es geschickt vorzugehen: „Es müssen gründliche Überlegungen angestellt und die richtigen Argumente erarbeitet werden, die geeignete IM nutzen können, um die Bildung einer eigenen KPD in der DDR zu verhindern. Die Argumente müssen für alle nutzbaren IM so individuell sein, daß der Gegner nicht im geringsten eine Steuerung des MfS vermutet.“ (So Neiber in Wiedergabe von Anweisungen Mielkes. Schreiben Neibers vom 3.12.82)

Sofern die Partei von einem weiteren Engagement nicht abzubringen sei, müsse zumindest Sorge getragen werden, daß sich ihre Strukturen in der DDR besonders leicht auflären ließen. Das bisherige Organisations-

prinzip - ähnlich dem aus der Naziherrschaft - verschiedene Instruktoren leiten unterschiedliche DDR-Zellen an, die untereinander nur konspirativ in Kontakt stehen - bot dazu nicht die besten Voraussetzungen. Dem MfS wäre es lieber, die KPD, hätte ein gesondertes Gremium zwischen KPD/West und KPD/Ost geschaffen (mit Zuständigkeit für alle DDR-Zellen), in dem inoffizielle Mitarbeiter sich leicht einen Überblick hätten verschaffen können. (Entsprechendes versuchte der Staatssicherheitsdienst seinen IM in den DDR-Zellen nahezulegen und

Ein DDR-Witz:

Erich Honecker ist auf Staatsbesuch. Es ist ein Land mit vielen hundert Millionen Einwohnern. In einer Pause fragt Honecker den Präsidenten unter vier Augen: „Wieviele Gegner gibt es eigentlich bei euch?“

Antwort: „Nicht sehr viele. Ungefähr 15 - 16 Millionen.“

„Ach so, genausoviele wie in der DDR.“

ihnen auch gleich die richtigen Argumente gegenüber der Führung der KPD, in die Hand zu geben. „Die Einladung eines IM zur Teilnahme am 5. Parteitag der KPD (November-Dezember 1983) soll genutzt werden, um persönlichen Einfluß auf Funktionäre der KPD auszuüben, keine selbstständige Partei in der DDR zu bilden und zu propagieren. Eine selbstständige Partei in der DDR könnte als Auseinanderbrechen der KPD ausgelegt werden, die dem gesamtdeutschen Gedanken der Partei widerspreche und in der DDR als verfassungsfeindlicher Zusammenschluß ausgelegt werden kann. Der Gegenvorschlag sollte sein, die weitere Anleitung der personellen Stützpunkte in der DDR von einem aus DDR-Bürgern zu bildenden Gremium vornehmen zu lassen und nur diese noch durch erfahrene Funktionäre der KPD anzuleiten.“ Bericht

vom 1.12.1982.)

Weil die offensiven Maßnahmen (Verhaftungen und Einreisesperren) aber immer noch nicht ausgereicht hatten, um die Aktivitäten der KPD gänzlich zu ersticken, täuschte das MfS der Parteispitze den Zerfall der Sektion vor. Ihre IM's erklärten auftragsgemäß: „Enttäuschung über den langsamen Parteaufbau“, kurzfristig notwendig gewordene stationäre Krankenhausaufenthalte o.dgl., um sich aus der Partei zurückzuziehen. Mit Hilfe seiner IM's lähmte das MfS die Tätigkeit der Sektion DDR. Die „Ausgabe DDR“ des ROTEN MORGEN wurde eingestellt. Der zeitliche Abstand von Besuchen der Instruktoren wuchs so von zwei auf bis zu sechs Monaten.

Fortsetzung im nächsten RM

Die Dokumentation zum Thema!



In dieser hochinteressanten Dokumentation (Nachdruck von 1980) sind Berichte über die Arbeit der illegalen Sektion DDR der KPD, Artikel aus dem illegalen ROTEN MORGEN in der DDR, Flugblätter der Sektion usw. erhalten. Die Dokumente geben einen Einblick in die politische Arbeit und Anschauungen der Sektion sowie in die damalige Situation in der DDR aus der Sicht von Kommunisten.

48 Seiten, DM 3,50

Bestellungen an:

Literaturvertrieb, Zeitungsverlag RM, Postfach 1942, 61289 Bad Homburg v.d.H.



EINE UNGEWÖHNLICHE LIEBESGESCHICHTE

ERZÄHLUNG VON OTTO WIESNER



ISBN 3-928666-27-4, DM 17,50

Neuerscheinung: Otto Wiesner: Eine unge- wöhnliche Liebesgeschichte

Aus dem Inhalt: Der Vormarsch der sowjetischen Armee ist nicht mehr aufzuhalten. In Eile werden Häftlinge aus den überfallenen Ländern westwärts in Marsch gesetzt, unter ihnen auch Frauen aus einem Wiener Rüstungsbetrieb. Erschöpft erreichen sie, von der SS angetrieben, das KZ Mauthausen. Es ist eine eiskalte Januarnacht. Blockältester Wendt muß die von ihren Kleidern Beraubten ins Lager „Drei“ bringen. Er versucht alles, ihnen zu helfen. Unter den Frauen entdeckt er eine Deutsche, die ihm hilft, einem jüdischen Jungen, der aus einer Laune des Lagerkommandanten heraus am Leben blieb, dessen Mutter aber vergast wurde, der SS zu entziehen, die ihren makabren Spaß an ihm hat. Mit der Zeit kommen sich beide näher und hoffen, nach der Befreiung des Lagers mit dem Jungen gemeinsam zusammenleben zu können. Die darauf folgenden Ereignisse verlangen von ihnen noch viel Mut und gegenseitige Hilfe für sich und ihre Kameraden.

Neu! Neu!

Rote Reihe 2

Rechenschaftsbericht des
Zentralkomitees
der KPD
an den
9. Parteitag

Oktober 1997

Der Band 2 der „Roten Reihe“ enthält neben dem Rechenschaftsbericht einen kurzen Bericht über den Verlauf des 9. Parteitages der KPD sowie alle Grüße ausländischer Bruderparteien.
66 Seiten, DM 7,50
ISBN 3-928666-30-4

DIE WELT BEGREIFEN

UND VERÄNDERN

Lohnkampf und Kampf um
Arbeitszeitverkürzung

Wie in den Gewerkschaften
arbeiten?

Zur Dialektik von Tageskampf und Ziel
der Arbeiterbewegung

Heft 16/17

Bisher unter anderem erschienene Hefte der Serie:

- Heft 1: Die Entstehung der Menschheit. Die Urgesellschaft. Die Sklavenhaltergesellschaft. 44 Seiten, DM 5,-
- Heft 2: Feudalismus. Herausbildung von Keimen der bürgerlichen Gesellschaft innerhalb des Feudalismus. 73 Seiten, DM 5,-
- Heft 3: Fürstenherrschaft. Reformation und großer deutscher Bauernkrieg. Ursprüngliche Akkumulation des Kapitals. 73 Seiten, DM 5,-
- Heft 4/5: Absolutismus und bürgerliche Revolutionen. 132 Seiten, DM 10,-
- Heft 6/7/8: Materialismus und Idealismus. Die Philosophie der bürgerlichen Aufklärung. Dialektischer Materialismus. 237 Seiten, DM 15,-
- Heft 9: Entwicklung des Kapitalismus in England / Maschinenstürmer und Chartistenbewegung / Die utopischen Sozialisten. 72 Seiten, 5,-
- Heft 10/11: Die marxistische Auffassung vom Menschen (Historischer Materialismus). 146 Seiten, 10,-
- Heft 14/15: Der Mehrwert / Das Kapitalverhältnis und seine Aufhebung / Wozu braucht die Arbeiterklasse eine politische Partei?, 123 Seiten, 10,-

Aktuell:

Über die Bedeutung der ökonomischen Kämpfe und die Gewerkschaftsarbeit - wichtig für jeden, der im Bereich Betrieb und Gewerkschaften arbeitet oder arbeiten will.

10 DM

Endlich als Broschüre erschienen!

**Aufruf der
Kommunisten an
die Arbeiter und
die Völker!**

(Deklaration der Konferenz der
marxistisch-leninistischen Parteien
und Organisationen in Quito,
August 1994)

Die Quito-Deklaration marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen stößt auf immer mehr Interesse. Deshalb veröffentlichen wir sie endlich als kleine Broschüre.

15 Seiten, DM 1
ISBN 3-928666-33-4

Alle Neuerscheinungen und Gesamtkatalog sind zu bestellen bei:

Literaturvertrieb, Zeitungsverlag RM, Postfach 1942, 61289 Bad Homburg v.d.H.

Pause im Osten

Der Osten legt eine „Anpassungspause“ ein. Mit diesen schmeichelnden Worten geben die „weisen Wirtschaftsexperten“ ihre Einschätzung zur Lage der Ostwirtschaft zu Papier. Frühestens 1999 wird der „Aufholprozeß“ fortgeführt.

Trotz „Beschäftigungspaketes vom Mai“ ist die Zahl der Erwerbstätigen bis Jahresende 97 um 165.000 auf 6,13 Millionen (1988: knapp 10 Millionen Erwerbstätige) gesunken. Die Arbeitslosenquote wird auch 1998 weiter steigen. Die ostdeutsche Arbeitsgesellschaft steht Kopf.

Die Bauindustrie erwartet den „eigentlichen dramatischen Produktionseinbruch“ erst in der ersten Hälfte dieses Jahres. 1997 sind etwa 50.000 Stellen auf dem Bau

weggefallen. Für 1998 wird es weitere Streichungen geben (ca. 25% der verbliebenen Beschäftigten)

Im Handwerk sind weit mehr Menschen beschäftigt als in Industriebetrieben, ganz zu schweigen vom öffentlichen Dienst.

Keines der 200 umsatzstärksten Unternehmen Deutschlands hat seinen Hauptsitz im Osten. Die 77 größten Ostunternehmen haben zusammen einen geringeren Umsatz als die Telekom.

„Um Wachstum anzukurbeln“, wird erneut die Aussetzung der Lohnangleichung bis zu Nullrunden gefordert.

Für diejenigen, die „auf Arbeit warten“, hält das Arbeitsamt ab 1. Januar 1998 einen neuen Katalog der Grausamkeiten bereit. („Es

wächst zusammen was zusammengehört“, an dieses Brandt-Motto hält sich auch das Amt und deshalb gilt dieser neue Katalog bundesweit).

So überweist das Arbeits(losen)amt grundsätzlich nur noch einmal monatlich nachträglich ihre Leistungen.

- Für Geldleistungen, die an den Wohnsitz übermittelt werden, muß der Empfänger die Kosten tragen.

- Arbeitslose müssen künftig spätestens alle drei Monate ihre persönliche Arbeitslosenmeldung erneuern, um eine Einstellung der Zahlung von Leistungen zu vermeiden. Eine telefonische Meldung genügt nicht.

- Für den Anspruch auf Leistungen reicht es künftig nicht mehr aus, daß Arbeitslose die Beschäftigungssuche allein dem Arbeitsamt überlassen.

- Arbeitslose sind verpflichtet auf Verlangen des Arbeitsamtes ihre persönlichen Bemühungen um einen Arbeitsplatz nachzuweisen.

- Abfindungen werden nach Abzug eines pauschalen Steuersatzes auf das Arbeitslosengeld angerechnet. (Mindestfreibetrag: 10.000Mark)

Das sind einige der Neuregelungen ab 1. Januar 1998. Daß dadurch kein einziger Arbeitsplatz geschaffen wird, ist klar. Der Druck auf Arbeitslose wächst weiter.

Durch die Bonner Auflagen für die Bundesanstalt für Arbeit (BA) werden 1998 im Osten 80.000 bis 90.000 weniger Menschen eine vom Arbeitsamt geförderte Maßnahme beginnen können, als es der BA-Etat ursprünglich vorsah.

Die Aussichten sind also mehr als Trübe.

Jetzt für den weiteren Aufbau der KPD spenden!

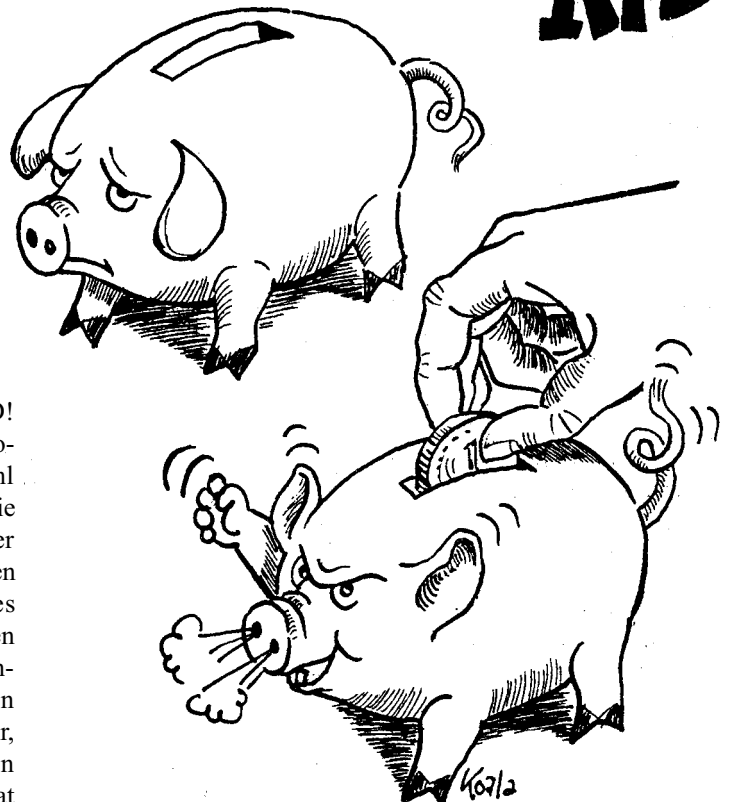
Spendensammlung für die KPD

Spendenliste:

11.12. H. Asperg 4.-
C., Freiburg 10.-
12.12. S., Gera 400.-
16.12. H. Bremen 60.-
D. Homburg 34.-
20.12. Büro Stuttg. 20.-

22.12. Solifest Ffm 570.-
28.12. Frankfurt 29.-
29.12. Stuttgart 31,87
S., Hoyersw. 14.-
10.1. Frankfurt 2000.-
13.1. D., Stuttg. 500.-

Gesamt 5256,33



Büro des Verlag

RM und der KPD:

Kolbstr. 5 (im
Hirtenhof)

70178 Stuttgart

Öffnungszeiten:

Mo 17-19 Uhr

Es geht voran mit der KPD! Der 9. Parteitag konnte eine positive Bilanz ziehen. Die Zahl der Mitglieder, der Orte, wo die KPD aktiv ist, ist gestiegen. Der Verlag RM und die KPD haben wieder ihr erstes öffentliches Büro. Doch gleichzeitig steigen die Anforderungen des Klassenkampfes. Die aufkeimenden Kämpfe erfordern immer mehr, daß die KPD aktiv eingreift. In den zurückliegenden Jahren hat die KPD mit Flugblättern, Plakaten, dem ROTEN MORGEN, wichtigen Büchern und Schulungsheften eine für ihre Größe

ungeheure Propagandaarbeit geleistet. Deshalb sind wir dringend auf Spenden angewiesen. Spenden nach Kräften unter dem

Stichwort:

„30 Jahre RM“, Kto. 239997-759, Verlag RM D.Möller, Postgiro Karlsruhe, BLZ 66010075.